

# FREIE BAUERN



**Fünf Jahre FREIE BAUERN: Wir sind gekommen, um zu bleiben / 500 Jahre Deutscher Bauernkrieg, fünf Jahre Bauernproteste: Dokumentation unserer Agrarpolitischen Kundgebung am 20. März in Bad Frankenhausen / Zwölf Forderungen an die neue Bundesregierung / Ja, das versprechen wir uns! / Marco Hintze an der Spitze der FREIEN BAUERN Brandenburg / Der Wolf im Hundspelz: Mehr Glaubwürdigkeit in der Agrarpolitik / Zweifel an Günther Felßner, Strafanzeige gegen Animal Rebellion / FREIE BAUERN recyceln Forderungen von 2021 für den Koalitionsvertrag / Seuchenbekämpfung mit Augenmaß: Keine gesunden Tiere töten / Widerstand gegen Natur-Wiederherstellungsverordnung / Freiflächen-PV ist eine Form der Versiegelung ...**

**FREIE BAUERN Deutschland****Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Von-Wuthenau-Platz 3, 06188 Landsberg OT Hohenthurm  
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

**Bundesvertretung**

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm  
Stellv. Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow  
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen  
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzzenhausen OT Ziegenhagen  
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim  
Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier  
Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

**Bundesgeschäftsstelle**

Referentin für Fachthemen und Kommunikation:  
Frieda Salzwedel, Telefon 0174-1801177, [frieda.salzwedel@freiebauern.de](mailto:frieda.salzwedel@freiebauern.de)  
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:  
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, [anja.giesen@freiebauern.de](mailto:anja.giesen@freiebauern.de)  
Referent für Projektmanagement:  
Fokko Schumann, Telefon 0160-8091894, [fokko.schumann@freiebauern.de](mailto:fokko.schumann@freiebauern.de)  
Referent für Rechtsangelegenheiten:  
Stephan Stiletto, Telefon 0221-9558287-0, [freiebauern@ra-stiletto.de](mailto:freiebauern@ra-stiletto.de)

**Landesvertretung Brandenburg**

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow  
Stellv. Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue  
Stellv. Landessprecherin: Frieda Salzwedel, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch  
Weitere Mitglieder: Thomas Kiesel, Hans-Jürgen Paulsen, Jens Gerloff, Ulf Simon,  
Dirk Schulze, Frank Michelchen, Matthias Kurth, Maik Behrend, Timo Scheib,  
Yvonne Dorowski  
Landesreferent: Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, [reinhard.jung@freiebauern.de](mailto:reinhard.jung@freiebauern.de)

**Landesvertretung Niedersachsen**

Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Bötersen OT Höperhöfen  
Stellv. Landessprecher: Henrik Meyer, 31234 Edemissen OT Blumenhagen  
Weitere Mitglieder: Heiko Bockelmann, Christian Müller, Jens Soeken, Heiko Wehrendt

**Landesvertretung Baden-Württemberg**

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier  
Stellv. Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach  
Weitere Mitglieder: Christine Knobloch-Hiller, Andreas Schmid, Anton Abele

**Landesvertretung Sachsen-Anhalt**

Landessprecher: Frerk Arfsten, 39593 Havelberg OT Müggenbusch  
Stellv. Landessprecherin: Petra Wolter-Klußmann, 39343 Ingersleben OT Eimersleben  
Weitere Mitglieder: Thomas Wahren, Christoph Plötze, Malte Ehrenberg, Georg Scheuerle,  
Andreas Knieling, Paula Synde

## **Fünf Jahre FREIE BAUERN: Wir sind gekommen, um zu bleiben**

Liebe Berufskollegen,

das Gedenken an 500 Jahre Deutscher Bauernkrieg hat uns intensiv beschäftigt. Nach fünf Jahren Bauernprotest war es schon erstaunlich, dass dieser Jahrestag den Anlass für zahlreiche museale, akademische und touristische Aktivitäten bot, im Berufsstand aber niemand außer uns die großartige Gelegenheit ergriffen hat, um auf die heutige Lage der Bauern und ihre berechtigten Ansprüche gegen die heutige Obrigkeit hinzuweisen. Unsere Kundgebung am 20. März in Bad Frankenhausen hat diese Aufgabe um so inhaltsvoller bewältigt, von wohl begründeten agrarpolitischen Forderungen über eine rechtsphilosophische Betrachtung des bäuerlichen Aufbegehrens und eine theologische Einordnung bis zu gemeinsamen Versprechen, wie wir mit den Herausforderungen unserer Zeit umgehen ... die Beiträge haben wir hier vollständig dokumentiert.



Ein bisschen ins Hintertreffen geraten bei diesen Fünfer-Jubiläen ist vielleicht die Tatsache, dass auch die FREIEN BAUERN im März fünf Jahre alt geworden sind. Die Vorbereitungen liefen natürlich schon etwas länger. Seit 2018 gab es Überlegungen, das Erfolgsmodell des Bauernbundes Brandenburg, unabhängig von Politik und Industrie allein die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe zu vertreten, auf ganz Deutschland auszudehnen. Der letztlich gewählte Zeitpunkt konnte dann ungünstiger nicht sein: Als die Trecker losfuhren, waren wir noch nicht fertig, als wir fertig waren, war Corona. Trotzdem wurden aus unseren 480 brandenburgischen Mitgliedern innerhalb von fünf Jahren 1.880 Mitglieder deutschlandweit, und das in einer Zeit, die geprägt ist von Politikfrust und Organisationsmüdigkeit. Wir haben uns einfach nicht entmutigen lassen und angefangen zu arbeiten mit dem Ergebnis, dass wir heute mit den 12 Forderungen von Bad Frankenhausen ein umfassendes agrarpolitisches Programm vorlegen können, hinter dem – das wage ich zu behaupten – die große Mehrheit unserer Berufskollegen steht, ganz gleich, in welchem Verband sie (noch) organisiert sind.

Ich bin wie viele andere über das Engagement im LSV zu den FREIEN BAUERN gekommen. Unser Zorn über das fehlende Gehör in Politik und Gesellschaft hat uns damals auf die Straße getrieben, an den bestehenden Verbandsstrukturen vorbei, als Protestbewegung von der Basis mit einer gehörigen Portion Misstrauen gegenüber allen Verbänden. Was hätte aus dieser Bewegung werden können, wenn LSV und FREIE BAUERN sich verbündet und zugleich ihre Aktivitäten sinnvoll abgegrenzt hätten: die einen für den Protest, die anderen für die Politik. Auch wenn ich nach wie vor meinem regionalen LSV angehöre, habe ich früh gemerkt, dass dessen Protest ohne klar umrissene Ziele und Strategien ins Leere läuft, dass es unbedingt einer Berufsorganisation bedarf, die den Druck von der Straße umsetzt in ein konkretes agrarpolitisches Angebot. Genau diese inhaltliche Herangehensweise hat mich von den FREIEN BAUERN überzeugt, ebenso wie die Glaubwürdigkeit und Geradlinigkeit, die nur möglich ist, wenn man sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen finanziert. Es geht bei uns eben nicht nur um den großen Auftritt, der schnell verpufft, sondern um beharrliche berufspolitische Arbeit, die nach innen und außen Wirkung zeigt.

Mit Politik und Gesellschaft werden wir wohl noch etwas Geduld haben müssen. Was von der neuen Großen Koalition bisher geplant ist, auch für den Agrarbereich, läuft auf ein banales „Weiter so“ hinaus, zumindest auf ein nahtloses Anknüpfen an den bis 2021 verfolgten Kurs, und mutet angesichts tiefgreifender Veränderungen weltweit irgendwie wirklichkeitsfremd an. Umso wichtiger, dass wir den Mut nicht verlieren und die Entschlossenheit, unsere Höfe in einem der Landwirtschaft gegenüber oftmals ignoranten, ja arroganten Umfeld zu behaupten. Das meine ich mit Wirkung nach innen: Fast das Beste an den FREIEN BAUERN ist ja die optimistische Grundhaltung, die natürlich nur funktioniert, wenn wir unsere Höfe in größeren Zusammenhängen sehen – zum Beispiel auch mal vom Bauernkrieg bis heute – und daraus resultierend ein unerschütterliches Selbstbewusstsein: Bevor wir untergehen, sind viele andere schon lange weg. Die FREIEN BAUERN verstehen sich deshalb nicht nur als bäuerliche Berufsvertretung, sondern auch als Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Fünf Jahre nach unserer Gründung haben wir in Bad Frankenhausen deutlich gemacht: Wir sind gekommen, um zu bleiben ... und die Agrarpolitik zu verändern!

*Euer Cord Meyer (Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen)*



## **500 Jahre Deutscher Bauernkrieg, fünf Jahre Bauernproteste: FREIE BAUERN verlangen grundlegenden Neubeginn in der Agrarpolitik**

(20. März 2025) Auf den Tag genau 500 Jahre nach Veröffentlichung der zwölf Memminger Artikel der Bauernschaft haben die FREIEN BAUERN mit zwölf Forderungen an die neu zu bildende Bundesregierung ein umfassendes Programm für einen agrarpolitischen Neubeginn in Deutschland vorgelegt. „Die Freiheit der Bauern und eine sichere heimische Lebensmittelversorgung sind Grundlagen für Wohlstand und Frieden, das vergisst unsere Obrigkeit leider immer wieder“, sagte Bundessprecher Alfons Wolff heute auf einer Gedenkveranstaltung seines Verbandes im thüringischen Bad Frankenhausen und stellte die Bauernproteste der letzten fünf Jahre in eine Traditionslinie mit der großen Freiheitsbewegung des Deutschen Bauernkrieges: „Auch wenn wir uns nicht mehr in einer existenziellen Notlage befinden wie unsere Berufskollegen vor 500 Jahren, müssen wir uns damals wie heute wehren gegen Ungerechtigkeiten und Bevormundung.“

Dass ein hoher Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung und Verarbeitung als Staatsziel ins Grundgesetz müsse, stellte Referentin Petra Wolter-Klußmann den Forderungen voran, mit denen die FREIEN BAUERN dem Berufsstand wieder

stärkere Geltung verschaffen wollen. Statt die Landwirtschaft an den Subventionstropf zu hängen und mit ideologisch motivierten Produktionsauflagen zu gängeln müsse Agrarpolitik für faire Rahmenbedingungen in der Wertschöpfungskette sorgen: „Wir fordern einen Stopp der Importe aus Überschussländern, die zu niedrigeren sozialen und ökologischen Standards produzieren, und eine Entflechtung der Monopole in Lebensmitteleinzelhandel und Lebensmittelverarbeitung.“ Künftige Agrarförderung müsse konsequent auf bäuerliche Familienbetriebe ausgerichtet werden, die sich als leistungsfähigste und nachhaltigste Agrarstruktur bewährt haben.

Der Aufstand der Bauern 1525 sei gerechtfertigt gewesen, weil die Obrigkeit ihre Pflichten vernachlässigt, ihre Rechte missbraucht, unchristlich sowie unmenschlich gehandelt habe, argumentierte Forstwirt Franz Prinz zu Salm Salm. Gerade in einem demokratischen Rechtsstaat müsse sich Führung durch Vorbild legitimieren, warnte er und plädierte dafür, die Freiheit der Landwirtschaft gegen Übergriffigkeiten des Staates zu verteidigen. An die Opfer der Entscheidungsschlacht von Frankenhausen erinnerte Pfarrer Hermann Witter und setzte sich kritisch mit der Rolle des Reformators Martin Luther auseinander. Dieser habe die Kirche erneuern wollen, aber zu wenig die gesellschaftlichen Missstände in Frage gestellt. Die Obrigkeit sei von Gott, zitierte er den Apostel Paulus, aber die Obrigkeit habe sich deshalb auch nach Gottes Wort zu richten.

Den Abschluss der unter freiem Himmel auf dem Stadtplatz Anger stattfindenden Kundgebung bildeten Versprechen, vorgetragen von sechs Bäuerinnen und Bauern und gemeinsam gesprochen mit dem Publikum. „Wollen wir unsere Bauernhöfe weitertragen als Treuhänder in die nächste Generation?“ fragte Christian Linne und bekam zur Antwort: „Ja, das versprechen wir uns.“ Gänsehautmomente für einen politisch und ökonomisch hart bedrängten Berufsstand, der sich trotz allem nicht entmutigen lassen, sondern selbstbewusst und solidarisch die Herausforderungen der Zukunft meistern will.

*Im Anschluss folgt eine Dokumentation der Beiträge unserer Agrarpolitischen Kundgebung „500 Jahre Deutscher Bauernkrieg“ am 20. März 2025 in Bad Frankenhausen.*



## Die Zwölf Artikel der Bauernschaft von 1525: Verpflichtung und Ermutigung

Alfons Josef Wolff ist Bundessprecher der FREIEN BAUERN und Landwirt in Hohenthurm

Mein Name ist Alfons Josef Wolff, ich bin Bundessprecher der FREIEN BAUERN und möchte begrüßen zur zentralen Veranstaltung der FREIEN BAUERN zum Bauernkrieg hier in Frankenhausen. Ich begrüße sämtliche Politiker aus der großen und kleinen Politik, die sich für uns interessieren, die Presse von verschiedenen Redaktionen, ich begrüße die Bürger und Bürgerinnen, die aus Interesse sich hier eingefunden haben. Ich begrüße vor allem alle Bäuerinnen und Bauern von nah und fern.

Ein kurzes Wort zu den vielen FREIEN BAUERN, die mitgeholfen haben, damit dieser Tag in dieser Form überhaupt stattfinden kann. Dazu möchte ich aus Respekt vor diesen Menschen kurz die Namen verlesen: Petra Wolter-Klusmann, Reinhard Jung, Malte Förster, Christian Linne, Ralf Ehrenberg, Antonia Ehrenberg, Frieda Salzwedel und Christine Knobloch-Hiller. An der Spitze der Platzordner stehen Frek Arfsten und

Marco Hintze. Und ich begrüße auch ganz besonders unsere Redner, die wir für diesen Tag gewinnen konnten, Franz Prinz zu Salm Salm und Pfarrer Hermann Witter.

Heute treffen wir uns hier, weil die Zwölf Memminger Artikel der aufständischen Bauern vor 500 Jahren als eine der ersten niedergeschriebenen Forderungen der Menschenrechte und der Freiheitsrechte in Europa verabschiedet wurden. Im Grunde ein Vorläufer unseres Grundgesetzes. Versetzen wir uns in die Zeit vor 500 Jahren. Am 20. März 1525 formulierten erstmals Bauern Forderungen an die Obrigkeit wie zum Beispiel die Aufhebung von Leibeigenschaft und willkürlichen Strafen, eine Reduzierung der Abgaben, die freie Pfarrerwahl und einiges mehr. Hier in Bad Frankenhausen ging die entscheidende Schlacht verloren, etwa 7.000 Bauern verloren ihr Leben. Sie wurden mit Kanonen zusammengeschossen. Insgesamt starben etwa 100.000 Bauern, Handwerker und Bürger in diesem Krieg.

Aber das war nicht das Ende. Es war der Beginn eines langsamen Prozesses. Erst 300 Jahre später kam es in den deutschen Ländern zur Bauernbefreiung mit umfassenden staatlichen Reformen. Dadurch stieg die Produktion und Hungersnöte gehörten bald der Vergangenheit an. Was sagt uns das? Rahmenbedingungen und Anreize führen zum Ziel, nicht Reglementierung und Bestrafung. Kluge Agrarpolitiker erkennt man daran, dass sie ökonomische Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich bäuerliche Familienbetriebe optimal entfalten können. Das ist gut für den ländlichen Raum, für die Menschen, für die Versorgungssicherheit. Als Nebeneffekt obendrein auch noch Steuern für den Staat.

An dieser Stelle möchte ich auch etwas in eigener Sache sagen, damit das jedem hier klar ist. Die FREIEN BAUERN sind eine unabhängige agrarpolitische Interessenvertretung. Das heißt unabhängig von Parteien, von Industrie in vor- und nachgelagerten Bereichen. Wir erhalten kein Geld vom Steuerzahler über die Politik so wie viele NGOs, um Gefälligkeitspolitik im Interesse von wem auch immer zu machen. Daran sollten sich viele ein Beispiel nehmen. Wir sind stolz darauf, dass wir uns ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und sachgebundenen Spenden unserer Mitglieder finanzieren. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, unseren vielen Ehrenamtlern ein Dankeschön zu sagen, die mit uns ohne Entlohnung für die Interessen des bäuerlichen Berufsstands kämpfen. Wir sind ausschließlich eine Interessenvertretung für Bauern und das macht uns frei, unabhängig und glaubwürdig. Und wir wachsen langsam, aber stetig.

Was ist unser Vorhaben heute? Wir wollen diesen denkwürdigen Tag nutzen, um zu erneuern, zu gedenken und um uns etwas zu versprechen. Erneuern wollen wir unsere Forderungen als Bauern an die Gesellschaft heute. Gedenken wollen wir der Opfer von Not und Gewalt vor 500 Jahren. Versprechen wollen wir uns, wie wir als Berufsstand solidarisch und selbstbewusst die politischen und ökonomischen Herausforderungen gemeinsam meistern, die vor uns liegen. Dazu haben wir ein tolles Programm und die besten Referenten, die ich mir vorstellen kann.

Wir sehen uns in der Tradition der Bauern von vor 500 Jahren. Unsere Berufskollegen sind aufgestanden gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Sie haben gesät und geerntet für sich und andere, genauso wie wir heute. Die Obrigkeit hatte die Grenzen der Leidensfähigkeit überschritten. Daher war das Aufbegehren gerechtfertigt und richtig. Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit hat für den notwendigen Mut gesorgt. Hier in Frankenhausen sind sie zunächst gescheitert und haben mit ihrem Leben bezahlt. Daran wollen wir denken.

Wir sehen uns in ihrer Tradition nicht etwa, weil wir ebenso bittere Not leiden würden wie die Bauern vor 500 Jahren. Aber weil die Gemeinsamkeiten trotzdem allzu deutlich sind. Wir sehen damals wie heute, dass die Bedeutung von gesunden Lebensmitteln in genügender Menge und die damit verbundene Wirtschaftskraft für die Gesellschaft als gegeben vorausgesetzt wird. Und genau damit bereits aufs Spiel gesetzt wird. Der Bauer wird nicht als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft gesehen. Die heimische Daseinsvorsorge mit Lebensmitteln wird dem Spiel der Global Player zum Fraß vorgeworfen. Wir Bauern produzieren die Lebensmittel, die lebensnotwendig sind, nicht die Lebensmittelindustrie oder der Lebensmittelhandel. Die von uns produzierten Lebensmittel sind existenziell.

Ein Beispiel aus den letzten Tagen: Bei den Sondierungsgesprächen haben sich die Koalitionäre zur Industrie geäußert. Die Industrie ist zu schützen vor unlauterem Wettbewerb. Das ist sicher richtig. Aber für die Landwirtschaft gibt es Billigimporte zu schlechten Standards direkt in unser Land. Warum nicht die gleiche notwendige Zielsetzung für die Landwirtschaft? Damit wird nicht nur unsere Landwirtschaft nicht geschätzt, sondern auch der Verbraucher darf diese Produkte dann unerkant konsumieren. Das ist eigentlich unglaublich. Das wollen wir nicht, weil unsere Ware in einen Topf mit anderen Standards geworfen wird. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Verantwortung. Die kann ich hier nicht erkennen.

Wir sehen uns in der Tradition nicht etwa, weil wir den Bauernkrieg in den Dienst einer Ideologie stellen wollen. So wie der DDR-Staat, der den Namen Thomas Münzer für ein System missbraucht hat, das aus freien Bauern Arbeiter einer Genossenschaft gemacht hat. Wir stellen uns ausdrücklich nicht in den Dienst einer Ideologie. Wir stehen in der Tradition, weil wir entschlossen gegen Unterdrückung und staatliche Ungerechtigkeit angehen und ungerechtfertigte Machtgefüge missbilligen. (...) Wir wollen ausdrücklich damit nicht die Notwendigkeit von staatlicher Ordnung infrage stellen. Was uns allzu oft unterstellt wird. Ein funktionierender Rechtsstaat ist das, was Bauern damals und heute wollen. Der mit Umsicht eine Volkswirtschaft leitet, ohne ungerecht zu sein.

Ich komme nicht umhin, auch die Rolle von Martin Luther kurz anzuschneiden. Diese ist etwas zwiespältig. Er war sicher durch die Bibelübersetzung ein Auslöser. Versuchte aber nachher, die dadurch entstandenen Unruhen wieder einzufangen. Dazu hören wir sicher nachher noch mehr. Wir stehen in der Tradition, weil das Streben nach Recht und Freiheit eine immerwährende Aufgabe bleibt. Wir haben heute ganz andere Vorzeichen. Damals hatten wir als Gegenspieler Adel und Klerus. Heute stehen wir hier zusammen und die Obrigkeit hat eine andere Zusammensetzung. Recht und Freiheit hat für uns auch heute eine politische Dimension. Ich habe recherchiert und da sind mir ein paar Zitate aufgefallen.

Am Jahrestag vor 50 Jahren hat der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann gesagt: „Einer demokratischen Gesellschaft steht es schlecht zu Gesicht, wenn sie auch heute noch in aufständischen Bauern nicht anders sieht als meuternde Ratten, die von der Obrigkeit schnell gezähmt und in ihre Schranken verwiesen wurden“. Heinemann wollte das Bild der blutrünstigen Bauern, durch Martin Luther hergestellt, gerade rücken und damit sagen, dass die Bauern für Freiheit und demokratische Mitsprache gekämpft haben. Auch heute werden Bauern allzu leicht in eine Ecke gerückt. Das ist nicht gerechtfertigt und hier macht die Politik es sich heute wie damals sehr einfach. Auch wird Heinemann folgendes Zitat nachgesagt: Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet. Auch dies passt gut in die Zeit.

Und noch einen großen Mann möchte ich hier zitieren, das war Johannes Rau, der am Jahrestag vor 25 Jahren eine denkwürdige Rede gehalten hat, in der er die Flugblätter der Bauern mit den 12 Artikeln, Zitat, als Monument der deutschen Freiheitsgeschichte bezeichnet. Also wenn wir hier aufstehen und unsere Meinung sagen, weiß der liebe Himmel wie das in Zukunft gesehen wird. Weiter hat er gesagt – und jetzt genau zuhören – „Umso trauriger empfinde ich es, wenn Medien Menschen dazu verlocken, scheinbar freiwillig ihre Freiheit abzugeben.“ Der Mann war seiner Zeit voraus. Jetzt könnte man fast meinen, ich stünde der SPD nah. Aber ich habe festgestellt, dass es in jeder Partei weise Menschen gibt, auch wenn mir das Gefühl sagt, dass deren Anzahl scheinbar abnimmt.

Wir möchten Euch heute ermutigen. So ist es gekommen, dass die 12 Artikel von Memmingen als Saat zu sehen sind und die Ernte, wie üblich, erst später reif war. Allerdings möchte ich warnen. Freiheit ist kein Selbstläufer, sie muss immer wertgeschätzt werden und wir alle müssen ständig darum kämpfen, genauso wie um Gerechtigkeit. Das habe ich bereits in meinem verhältnismäßig kurzen Leben erfahren. Die Wertschätzung der Freiheit und der Gerechtigkeit ist dazu eine Grundvoraussetzung. Aus diesem Grunde sind wir hier, um zu zeigen, dass wir zusammenstehen. Das bäuerliche Wirtschaften, die außerordentliche Leistungsfähigkeit und selbstverständliche Nachhaltigkeit, die seit jeher aus der Verbindung von Eigentum und Arbeit resultiert, hat überlebt. Hier stehen ganz viele Beispiele dafür.

Unser Berufsstand wird weltweit bedrängt von Mächten, die selber nicht arbeiten wollen, aber sehr wohl um die Schlüsselfunktion von Landwirtschaft in jeder Gesellschaft wissen. Sie haben unsere Anzahl reduziert, aber sie haben uns bis heute nicht kleinbekriegt. Selbst nach der Zwangskollektivierung in der DDR, deren Abschluss sich im April zum 65. Mal jährt, sind auch in Ostdeutschland wieder viele Bauernhöfe entstanden. Trotz massiver Benachteiligung der privaten Wiedereinrichter werden in Ostdeutschland inzwischen mehr als 40 Prozent der Flächen von bäuerlichen Familienbetrieben bewirtschaftet. Die Botschaft ist damals, vor 500 Jahren, die gleiche wie heute: Gebt uns Freiheit, dann produzieren wir das tägliche Brot, Frieden, Freiheit sowie Wohlstand. Das haben schon Kulturen vor uns bewiesen. Man sollte mal endlich daraus lernen.

Wir bleiben standhaft. Und wer was von Volkswirtschaft versteht, der weiß, dass die Bauern mit ihren Familienbetrieben und der Mittelstand mit seinen Mitarbeitern die leistungsfähigste Einheit und tragenden Säulen der Gesellschaft sind. Das sollte sich die Politik mal vor Augen führen und auch mal merken. Somit möchte ich berechtigten Mut für die Zukunft vermitteln. Wir bleiben dabei. Freier Bauer zu sein, ist die schönste Berufung der Welt. Ich fühle mich hier ganz wohl, danke. Unter Euch fühle ich mich wirklich sehr wohl. Herzlichen Dank.



## Frankenhausen 2025: Unsere zwölf Forderungen an die neue Bundesregierung

Petra Wolter-Klufßmann ist Referentin der FREIEN BAUERN und Landwirtin in Eimersleben

- 1. Staatsziel** Deutschland braucht einen grundlegenden Neubeginn in der Agrarpolitik. Unsere Landwirtschaft ist eine Versicherung gegen Hunger und damit Grundlage für Wohlstand und Frieden. Sie darf nicht länger an den Rand gedrängt werden, sondern muss wieder eine gleichberechtigte Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen. Ernährungssouveränität muss oberste Priorität erhalten. Deshalb fordern wir, einen hohen Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung und Verarbeitung durch viele Selbständige als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.
- 2. Produktion** Ernährungssouveränität erreichen wir nur durch intensive Produktion – durch harte Bauernarbeit mit Boden, Wetter, Pflanzen und Tieren. In den vergangenen Jahren wurden unsere Betriebe durch ideologische Vorgaben willkürlich eingeschränkt. Deshalb fordern wir, alle seit 2017 inkraft getretenen Auflagen zu Düngung, Pflanzenschutz und Nutztierhaltung auszusetzen und einer gründlichen Überarbeitung im Sinne der guten fachlichen Praxis zu unterziehen. Auch ideologisch motivierte Fehlanreize zur Verringerung der Produktion sind zu korrigieren.
- 3. Boden** Unsere Produktionsbasis ist fruchtbarer Boden, die wertvollste Ressource überhaupt. In den vergangenen Jahren wurden zu viele landwirtschaftliche Flächen vernichtet für Wohn- und Gewerbegebiete, Verkehrswege, Tagebaue und Freizeitparks, oder verschlechtert durch Verunkrautung, Vernässung oder Überbauung mit Energieanlagen. Deshalb fordern wir, den Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen massiv zu reduzieren, statt ihn kontraproduktiv mit dem Verbrauch von noch mehr landwirtschaftlichen Flächen für den Naturschutz auszugleichen.
- 4. Betriebe** Bäuerliche Familienbetriebe mit ihrer Verbindung aus Eigentum und Arbeit, aus Privatinitiative und Generationenverantwortung, sind die ökonomisch leistungsfähigste und ökologisch nachhaltigste Agrarstruktur. Deshalb fordern wir eine Änderung des Bodenrechts, nach der nur noch selbständige ortsansässige Landwirte beim Flächenerwerb zum Zuge kommen. Agrarförderung, Baurecht, Erbrecht, Steuern und Sozialabgaben sind darauf auszurichten, bäuerliche Landwirtschaft zu stabilisieren und eine breite Streuung des Eigentums zu erhalten.
- 5. Europa** Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik diene ursprünglich der Steigerung von Produktion und Einkommen. Mit den Jahren ist sie verkommen zu einem Subventionssystem, geprägt durch enormen bürokratischen Aufwand, massive Bevormundung der Betriebe und zahllose nichtlandwirtschaftliche Profiteure drumherum. Deshalb fordern wir, den geplanten Haushaltsumbau zu nutzen für eine radikale Reform – weg von den Agrarsubventionen, aber auch weg vom Green Deal und hin zu höherer Wertschöpfung aus unseren Produkten durch faire Rahmenbedingungen.
- 6. Handel** Importe aus Agrarüberschussländern, oftmals zu niedrigeren sozialen und ökologischen Standards produziert, drücken unsere Erzeugerpreise. Deshalb fordern wir



wirksamen Außenschutz für die heimische Erzeugung von Lebensmitteln – umgehend durch die Aufhebung der Zollfreiheit für Agrarprodukte aus der Ukraine und die Verhinderung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten, schrittweise durch Aufkündigung bestehender Freihandelsabkommen zugunsten flexibler Zollsätze und deutliche Verringerung der Einfuhr von Eiweißfuttermitteln.

**7. Konzerne** Monopole und Machtverhältnisse innerhalb der Wertschöpfungskette drücken unsere Erzeugerpreise. Deshalb fordern wir eine Kartellrechtsreform zur Entflechtung marktbeherrschender Konzernstrukturen in Lebensmitteleinzelhandel und Lebensmittelverarbeitung, eine Vertragspflicht mit vorher zu vereinbarenden Mengen und Preisen für alle Lieferbeziehungen, eine Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmitteln, die Erleichterung der regionalen Vermarktung sowie die Abschaffung nutzloser Zertifikate und Zugangsbeschränkungen.

**8. Kontrolle** Unter dem Deckmantel gemeinnütziger Anliegen versuchen industrielle Zulieferer, Kontrolle über unsere Betriebe zu gewinnen. Gentechnik soll den Hunger besiegen, Digitalisierung die Umwelt retten – tatsächlich geht es nur darum, uns abhängig zu machen. Deshalb fordern wir freien Zugang zum Saatgut, Abschaffung von Nachbaugebühren und Patenten auf Leben sowie Verbot der grünen Gentechnik, und wir fordern, dass Landmaschinen grundsätzlich so konstruiert sein müssen, dass sie sich auch offline und im Zweifelsfall analog bedienen lassen.

**9. Bürokratie** Überflüssige Bürokratie verleidet uns die schöne Bauernarbeit. Bürokratieabbau bedeutet nicht, das bestehende Übermaß an Regelungen technisch zu optimieren, sondern die Regelungsdichte muss erkennbar verringert werden. Deshalb fordern wir eine Bagatellgrenze im Verwaltungsvollzug, unterhalb derer alle Aufzeichnungspflichten und Routinekontrollen wegfallen. Und wir fordern eine Umkehr der Beweislast – wer uns Fehlverhalten unterstellt, soll Anhaltspunkte liefern, die ein Tätigwerden der Behörden rechtfertigen.

**10. Tiere** Flächengebundene Nutztierhaltung ist Voraussetzung für produktive Landwirtschaft und ausgewogene Ernährung und damit ein Kernbestandteil von Ernährungssouveränität. Entscheidend für das Tierwohl sind weniger technische Standards, vielmehr brauchen wir viele Bauern, die sich um ihre Tiere kümmern. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Eigenverantwortung, das Verbot von Laborfleisch und Genmilch, die Begrenzung des Stallbauprivilegs auf bäuerliche Tierbestände und eine Seuchenbekämpfung ohne Zwangstötungen oder Zwangsimpfungen.

**11. Natur** Unsere bäuerlichen Kulturlandschaften haben die große Artenvielfalt erst hervorgebracht, die es zu schützen und zu bewahren gilt, auch gegen agrarische Fehlentwicklungen. Den Schlüssel für mehr Artenvielfalt sehen wir aber nicht in der Ausbreitung von Wildnis, sondern im Miteinander von Naturschutz, Landschaftspflege und produktiver Landwirtschaft. Deshalb fordern wir ein Ende des Flächenentzugs und statt dessen freiwillige Programme zur Anlage von Gehölzstreifen und offenen Wasserläufen an dafür geeigneten Standorten. Wölfe, Biber und Rabenvögel müssen jagdlich reguliert werden.

**12. Klima** Unter den vielen Unwahrheiten, die über die Landwirtschaft verbreitet werden, ist der Vorwurf besonders absurd, unsere Treibhausgas-Emissionen würden in relevanter Größenordnung zum Klimawandel beitragen. Dabei wird unterschlagen, dass die von uns ernährten Tiere (und Menschen) mit ihrer Atmung und Verdauung gar nicht mehr Kohlenstoff ausscheiden können, als unsere Pflanzen vorher durch Photosynthese gebunden haben. Deshalb fordern wir eine umfassende wissenschaftliche Neubewertung und Aufklärung über unsere landwirtschaftlichen Arbeit.



## Die Bauern hatten recht: Obrigkeit verdient nur dann Respekt, wenn sie den Menschen dient

Franz Prinz zu Salm Salm ist Mitglied der FREIEN BAUERN und Forstwirt in Thielenhaide

Zunächst eine kleine Vorbemerkung: Es ist gut, wenn man sich strukturiert und ich habe bei der Vorbereitung auf den heutigen Tag gedacht, egal wie viele kommen, wir nehmen uns die Zeit, nachzudenken, um was es wirklich geht. Die Schaumschlägerei mit Schlagworten, die schnell aus der Hüfte geschossen dem Zeitgeist hinterherlaufend auf den Markt gebracht werden, ist das, was uns Schwierigkeiten macht. Und ich finde es deswegen wunderbar, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, diesen Jahrestag

aufs Korn zu nehmen und gemeinsam zu überlegen, um was es eigentlich wirklich geht.

Es ist mir eine Ehre und nicht einfacher Auftrag, dass ich hier heute etwas sagen darf. Und damit Sie wissen, woran Sie dran sind, Sie dürfen jetzt leider 35 Minuten zuhören. Ich weiß gerne, wo ich dran bin und deswegen sage ich Ihnen das. Warum? Dazu einige persönliche Einblicke. Meines Vaters jüngste Schwester, Jahrgang 1924, war eine der wenigen geistig behinderten Menschen, die das Dritte Reich überlebten. Behinderte brachten die Nazis systematisch um. Meine Großeltern retteten ihr geliebtes Kind vor der Euthanasie durch die Nazis. Wir waren und sind Patrioten. Mein Vater war Jahrgang 1917, er war im Krieg und ab 1944 fünf Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft. Dass es nicht mehr wurden, lag daran, dass er sich als Bauernsohn von einem Hof mit 20 Kühen aus dem Münsterland ausgab. Mehr Jahre wären es geworden, wenn sein wirklicher Name den Kommunisten unter den Russen klar geworden wäre.

Nun darf ich mit meinem Namen in Ansehung der Historie von vor 500 Jahren hier etwas sagen. Sagen im Gedenken an eine barbarische Schlacht im wörtlichsten Sinne. Tausende Bauern wurden hier abgeschlachtet. Es waren die Landesfürsten, die dies taten. Taten an den ihnen anvertrauten Menschen. Ich kann mich, soweit meine Vorfahren ähnliches Unrecht begangen haben sollten, nur entschuldigen. Ob es so war, weiß ich nicht. Doch ist die Vermutung naheliegend. Es ist eine Schuld, der sich eine Familie stellen muss. Ich möchte dem nicht ausweichen. Ich entschuldige mich ausdrücklich für die meiner Vorfahren, die solches mitgemacht haben könnten. Was hier vor 500 Jahren geschah, war eine Barbarei und alles andere als verantwortlich oder gar christlich. Es widersprach extrem den Geboten akzeptabler Obrigkeit. Sie sollte Obhut für anvertraute Menschen sein.

Lassen Sie mich diese persönliche Einleitung mit noch einem persönlichen Hinweis schließen. Ich hatte das unverdiente Glück, zwei Taufpaten zu haben, die am Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt waren beziehungsweise mit Attentätern in Freundschaft verbunden waren. Infolgedessen lag in der Schublade meiner Tante die Erstausgabe des Grundgesetzes als Reklamheft von 1948 bis zu ihrem Tod im Jahre 2001 als ein Vermächtnis des 20. Juli 1944. All das sowie meine Ausbildung zum Rechtsanwalt und die beständige Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft hat mich geprägt. Sehen Sie es als die Basis meiner Ausführungen.

**Die Bauern hatten Recht, als sie 1524-1525 gegen die Obrigkeit aufbegehrten. Diese hatte ihre Pflichten vernachlässigt, missbrauchte aber ihre Rechte. Sie agierte unchristlich und unmenschlich.** Folglich kam es zum Aufstand und den Zwölf Artikeln aus Memmingen. Diese werden ganz zu Recht als eine Vorstufe zu den Menschen- und Freiheitsrechten der USA bzw. der Französischen Revolution angesehen. Sie sind damit auch eine Vorstufe zu unserem Grundgesetz.

Nicht nur den Gottesbezug haben die Zwölf Artikel von Memmingen mit der Präambel des Grundgesetzes gemein. Das wissen viele gar nicht mehr. Das Grundgesetz ist zuallererst eine freiheitliche Grundordnung. Es steht für die Freiheit des Einzelnen und das Zutrauen in den einzelnen mündigen Bürger. Alle Menschen sind gleich und frei. Menschenwürde, Meinungs-, Versammlungs- und Berufsfreiheit und Eigentum im ausgewogenen Miteinander unter der Prämisse des Rechtsstaatsprinzips, das ist es, was für mich das Besondere unseres Grundgesetzes ausmacht. Es ist unsere Versicherung gegenüber einem übergriffigen Staat. Der Staat soll nach Geist und Sinn unseres Grundgesetzes sich auf seine Kernaufgaben wie innere und äußere Sicherheit, die Wahrung der Rechte seiner Bürger sowie der Demokratie und die Organisation eines wohlwollenden Miteinanders sowie Bildung beschränken. Kurz gesagt, der Staat soll den Menschen dienen.

Nötigenfalls muss das Grundgesetz vor dem Staat und einer übergriffigen Obrigkeit schützen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt. Bei Umsetzung dieses Grundgesetzes gilt meines Erachtens erst recht der Grundsatz: Vorbild führt. Das bedeutet besonders, dass die Regierenden ihr Handeln entsprechend ausrichten müssen. Besonders dürfen sie keine Eingriffe in Grundrechte ohne klare Norm oder nach Gutdünken, nennen wir es Gutsherrenart, vornehmen. Das ergibt sich glasklar aus dem Artikel 20 des Rechtsstaatsprinzips im Grundgesetz. Geschieht dies nicht, taugen sie weder zum Vorbild noch dazu, Wahrer unseres Grundgesetzes zu sein. Sie disqualifizieren sich als Obrigkeit. Sodann ist Widerspruch und nötigenfalls Widerstand geboten. Das gibt unser Grundgesetz her. Das gilt gerade auch im Umgang mit Minderheiten, und eine solche sind wir Land- und Forstwirte heute. Gerade Minderheiten schützt das Grundgesetz. Wir sind nur noch ein Prozent der Bevölkerung und nicht wie vor 500 Jahren weit über 90 Prozent. Allerdings gewährleisten wir unverändert die Ernährungssicherheit und die Versorgung mit nachwachsenden Rohstoffen in unserem rohstoffarmen Land.

Dies hier ist eine ehrenwerte und honorige Veranstaltung von Familien und Familienunternehmen. Auf den Höfen leben oft drei Generationen. Dafür stand die Regenbogenfahne der Bauern. Für was steht diese Fahne heute? Wir sind weder Extremisten noch Hasardeure. Das Bedauerliche ist, dass Lebensmodelle, die in gewisse Ideologien und Zeitgeistbewegungen nicht hineinpassen, als erstes ihre Ehre und ihre Seriosität abgesprochen bekommen. Dies ist einer der Gründe, warum wir heute hier sind.

Nicht wir sind rücksichts- und verantwortungslos. Das lässt der auf unseren Höfen gelebte Generationenvertrag nicht zu. Aber was ist ehrenwert und was honorig? Was sind unsere Grundwerte? Was ist unsere Herangehensweise? Sind es die Floskeln, die beispielsweise im Dritten Reich oder in der DDR dazu geführt haben, dass das Andenken an die Bauernkriege missbraucht wurde? Die zwölf Artikel aus Memmingen sind Impuls für alle folgenden Freiheits- und Menschenrechte. Allerdings haben sowohl die Kommunisten als auch die Nazis versucht, die Bauernkriege zu vereinnahmen. Das Lied »Wir sind des Geiers schwarzer Haufen« wurde von SS und NVA gleichermaßen gesungen. An der Stelle sollten wir an eines aber auch denken. Wir sollten daran denken, dass man in der Freiheit für die Diktatur demonstrieren kann. Ich würde aber nicht empfehlen, in der Diktatur für die Freiheit zu demonstrieren. Der Blick nach Osten zeigt dies.

**Vorbild führt – gilt für unseren Generationenvertrag. Das heißt, wer in unserem Land führt, kann und darf dies nur unter Maßgabe des Grundgesetzes machen, ansonsten nicht.** Deshalb sind unsere Versammlungen und ihr Inhalt in Ansehung des Grundgesetzes mehr als gerechtfertigt. Wo endet mithin die Freiheit von uns als einzelnen Menschen? Nun, wenn wir außerhalb des Rahmens des Grundgesetzes zu Lasten Dritter handeln. Das machen Deutschlands Landwirte grundsätzlich nicht. Wir arbeiten nach den international höchsten Standards. Unsere Produkte entsprechen diesen Standards. Wir ernähren unser Land und mehr. Man zeige mir das Land mit einer besseren Landwirtschaft.

Dass wir die Maßgabe des Grundgesetzes verletzen, wird uns niemand vorwerfen können. Wie steht es nun aber mit der Politik? Handelt sie in Ansehung des Grundgesetzes vorbildlich? Vorbild führt? Zu viele der jetzigen politischen Klasse denken, dass es den Wähler gibt, um ihr Auskommen, ihre Stellung, ihre ideologischen Experimente zu finanzieren. Ihre tatsächliche Aufgabe hingegen, die Freiheit im Rahmen des Grundgesetzes für die Bürger zu gewährleisten, ist ihnen nicht bewusst. Bei gegenwärtig 40 Mitgliedern des Bundestages fehlt dazu die abgeschlossene Ausbildung. Andere wollen davon gar nichts wissen.

Beispielhaft, und da bitte ich genau hinzuhören, für politische Willkür steht das Verbandsklagerecht gewisser Umwelt-, Tierschutz- und Naturschutzverbände. Die Verbandsklage ist eine Form der Popularklage, bei der Vereinen oder Verbänden eine Klagebefugnis zugesprochen wird, obwohl sie nicht in eigenen Rechten verletzt wurden. Bis zur Einführung des Verbandsklagerechtes gab es Staatsanwaltschaft, Behörden, Bürger als Klageberechtigte, die Klage aufgrund der Verletzung eigener Rechte erheben konnten. Nun gibt es ein Klagerecht für Institutionen, die weder überprüft noch zertifiziert werden noch staatlicher Kontrolle unterliegen noch demokratische Kontrolle durch die Wähler unterliegen.

Wissen Sie, wann wir das das letzte Mal hatten? Zu Zeiten der Inquisition und Hexenverbrennung. Die Inquisition war eine Klage- und Anklageinstitution außerhalb des Staates und seiner Rechtsordnung. Die Verbandsklage passt gut zu Zeiten, in denen es nicht mehr um wissenschaftliche Sachverhalte und zugehörige Abwägungen geht, sondern Ideologien und damit Glaubensfragen. Beim Verbandsklagerecht handelt es sich allerdings nicht um Glauben und christliche Nächstenliebe, sondern um das, was jemand zu naturwissenschaftlichen Sachverhalten behauptet, ja sich möglicherweise mal eben ausgedacht hat. Ich betone ausgedacht, da allzu oft ein wissenschaftlicher Beleg fehlt. Und damit werden ganze Vorhaben in diesem

Land stillgelegt. Solche Inquisition sowie ein dysfunktionaler Staat mit in der Berliner Politblase befangenen Politikern können und dürfen nicht die Deutungshoheit über das Grundgesetz bekommen oder innehaben. Sonst wird das Standard, was wir bei der letzten kleinen Anfrage mit über 500 Fragen im Bundestag zu den NGOs erlebt haben. Es gibt keine Antwort, es kommt zu keiner Transparenz – und niemanden schert das alles.

Der Zweck heiligt scheinbar die Mittel. Totschweigen statt aufklären scheint die Devise. Das galt vor 500 Jahren und das gilt heute scheinbar genauso. Ich sage entschieden Nein dazu. Hier ist es interessant, dass ausgerechnet die selbsternannten Basisdemokraten in Ministerämtern mit Transparenz ein Problem haben und reflexartig von Umsturzphantasien oder von Rechts schwadronieren, wenn zu ihnen und ihrem Klientel nachgefragt wird. Wenig zimperlich lebt unsere Regierung die eigene moralische Überhebung mit dem Fingerzeig auf andere aus, um so berechnete Anliegen zu diskreditieren. Im Unterschied zu vor 500 Jahren leben wir heute aber in einem demokratischen Rechtsstaat. Wer heute eine Ideologie über dessen Spielregeln stellt, demaskiert sich in einer aufgeklärten Zeit als Rechtsstaatsverächter. Und das ist der Vorwurf, den man allzu vielen in der Politik machen muss.

Am schlimmsten ist es, wenn gerade von denen so agiert wird, die vorgeben, sich auf Demokratie und Recht besonders zu berufen. Das gilt besonders für die Tendenzen zu einer ökologischen Planwirtschaft, die einer Partei an dieser Stelle nicht zu Unrecht den Namen Öko-SED eingebracht haben. Die Welt ist das, was wir aus ihr machen. Wir alle. Wir haben zu vieles zugelassen. Die Übergriffigkeiten der NGOs, ihre zum Teil systematische Einflussnahme, ja Übernahme des Staates und vieles mehr. Unser Land befindet sich in der schwersten innerstaatlichen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir müssen dazu beitragen, dass diese Krise zugunsten der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen im Sinne unseres Grundgesetzes bewältigt wird.

Was meine ich damit? Ich bitte Sie hier, sich die Zeit zu nehmen und geduldig, verzeihen Sie, zuzuhören. Es wird juristisch. Ich verspreche Ihnen, dass es nicht zu lange dauert und dass es sich lohnt zuzuhören, um zu verstehen und um weiterhin zu argumentieren. Auf Basis dieses Verständnisses kann jeder von uns klar machen, wer hier der Bock und wer der Gärtner ist. Es geht mir um das Rechtsstaatsprinzip. Weiter geht es um das, was im Sinne unseres Grundgesetzes verhältnismäßig ist. Beispielhaft soll es um den Wolf und den Biber als besondere Ikonen des Naturschutzes gehen. Sie existieren wieder in Vielzahl in unserer Landschaft, diese Tiere. Deshalb werden Flächen vom Biber geflutet, Forstkulturen von ihm zerstört und Felder untergraben. Und es werden wieder Weidetiere vom Wolf gerissen. Wir haben tausende von toten Weidetieren alljährlich.

Das führt zur klassischen Prüfung von Grundrechtseingriffen, denn vorgenannte Vorfälle und das zugehörige Regel- und Gesetzeswerk betreffen unser Eigentum Artikel 12 Grundgesetz oder unsere Berufsausübung Artikel 14 Grundgesetz, um nur zwei Grundrechte zu nennen. Unsere Fruchtziehung aus Grund und Boden wird erschwert und zum Beispiel bei der Weidetierhaltung schlichtweg infrage gestellt. Folglich, wenn so ein Grundrechtseingriff erfolgt, müsste der bedingungslose Schutz von Wolf und Biber rechtlich alternativlos sein. Im Juristendeutsch heißt das, die zugehörige Eingriffsnorm muss hinreichend bestimmt sein. Der Eingriff muss verhältnismäßig sein. Diese Verhältnismäßigkeit ist nur gegeben, wenn mit dem Eingriff in unser Individualgrundrecht dem Gemeinwohl aus guten Gründen gedient ist. Dazu muss der Eingriff – also der totale Schutz von Wolf und Biber – geeignet, erforderlich und angemessen sein. Kurzum, ich fasse es zusammen, es darf keine Eingriffe ohne klare Norm oder nach Gutdünken geben, sondern nur mit Augenmaß.

**Bei Wolf und Biber fehlt längst alles, was Artikel 20 Grundgesetz somit gebietet.** Weder gibt es eine aktuelle gesicherte Daten- und Faktenlage zu diesen Lebewesen noch eine angemessene Abwägung zwischen Schaden und Nutzen. Ganz offensichtlich ist bei beiden Tieren die vergangene wie die aktuelle Tatsachengrundlage bis heute nicht ausreichend bekannt, geschweige ermittelt. Der mit ihnen einhergehende Verwaltungsaufwand ist nicht ansatzweise je bestimmt worden, bis hin zum Wolfskrankenwagen von 10.000 Euro Kosten. Der bürokratische Erfüllungsaufwand ist nicht ermittelt, sondern nur annähernd geschätzt. Mögliche Zielkonflikte zum Beispiel zwischen Tier-, Umwelt- und Artenschutz werden nicht erläutert. Das Leid von Weidetieren als Tierschutzgedanke spielt keine Rolle. Es gibt bei beiden Tieren keinerlei Kosten-Folgen-Abschätzung. Es gibt bis heute keine durchgehende und transparente Anhörung und Beteiligung aller betroffenen Gruppen außerhalb der NGOs.

Dabei ist der gerade der Bundesgesetzgeber darauf bedacht, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Bei dem Sachverhalt, den ich jetzt schildere, hören Sie genau zu, weil es Sie ziemlich schockieren wird. Es gibt ein Gutachten des Bundeslandwirtschaftsministeriums über Mindestanforderungen an die Gehegehaltung

von Säugetieren in Zoos, vom 7. Mai 2014, also vor über zehn Jahren. Dort heißt es zum Wolf auf Seite 186, passen Sie auf, Gehegebegrenzung: „Es sind Umzäunungen mit Überhang nach innen möglich. Vor allem Wölfe klettern und springen äußerst hoch, bis zu 2,80 Meter. Sie graben, deshalb sind die Umzäunungen mit Fundament und Untergrabeschutz von mindestens 60 Zentimeter Tiefe zu versehen.“ Die von Landesregierungen, Behörden und NGOs empfohlenen wolfsabweisenden Zäune sind in der Drahthöhe über Boden gerade einmal 1,40 Meter hoch, sonst gibt es keine Entschädigung. Was soll das? Die Bundesregierung weiß genau, dass Zäune zum Wolfsschutz in der freien Landschaft praktisch unmöglich sind. Sie hat das Ende von 3.100 Berufsschäfern kaltlächelnd in Kauf genommen. Sie stellt mit dem Wolf den Deichschutz, die Artenvielfalt und die Weidetierhaltung in Frage. Eben jene Weidetierhaltung, welche ehemals von der EU mit Abermillionen gefördert worden ist.

Die Missachtung der Verhältnismäßigkeit und damit des Rechtsstaatsprinzips ist in Sachen Wolf selbstredend. Beim Biber offenbart sich diese Missachtung ähnlich. Während einzig das Bundesland Bayern für diese sachgemäße Entschädigung für Land- und Forstwirte vorsieht und den Abschuss seit 2007 wohl-gemerkt von jährlich bis zu 2.000 Bibern praktiziert und nach Brüssel meldet, werden in fast allen anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Sachsen-Anhalt mit über 3.600 Bibern, weder deren Schäden ermittelt, noch ausgeglichen, noch die Tiere geschossen.

Ein Märchen ist an dieser Stelle aufzudecken. Es gibt bis heute keine Ökologiepflichtigkeit des Eigentums. Lassen Sie sich da nicht hinter den Ofen führen. Es gibt diese Ökologiepflichtigkeit nicht. Artikel 20a Grundgesetz, auf den sich dabei oft bezogen wird, regelt den Schutz der Lebensgrundlagen und regelt eben dies nicht. Diese Pflicht ist ausdrücklich nicht im Grundgesetz geregelt. Artikel 20a ist eine objektive Staatszielbestimmung und damit definitiv kein Grundrecht. Es steht nicht in Artikel 1 bis 20 drin. Artikel 20a ist allenfalls Teil der Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen des Artikel 20. Das Gleiche gilt übrigens für die nun beabsichtigte Klimaneutralität.

Bei Schutzgebieten mit Stilllegungszielen in Deutschland wird fast ausnahmslos gegen Artikel 20 verstoßen. Bei all diesen großen Nationalparks, FFH-Gebieten und ähnlichen hat es nie und von niemanden eine Kostenfolgenabschätzung gegeben. Es fehlt eine Kostenermittlung der Auswirkungen auf den Bundeshaushalt durch entgehende Steuereinnahmen, zum Beispiel wegen ausfallenden Holzverkaufs oder ausbleibender Pachten, oder es fehlt eine Ermittlung der Folgen für die Privatwirtschaft im Cluster der Land- und Forstwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweige vom Landmaschinenhandel bis hin zum Lebensmittel- und Rohstoffmarkt. Einnahme- und Rohstoffverluste sind weder ermittelt, geschweige denn erwogen worden. Das sieht man an den völlig eskalierenden Stilllegungsfantasien in unseren Wäldern.

Der Nationalpark Harz ist kein Nationalpark, sondern seit Jahren ein Borkenkäferreservat. Der Nationalpark Hainich mit seinen infolge des Klimawandels zusammenbrechenden vertrockneten Buchenbeständen bindet ebenso kein CO<sub>2</sub>, sondern er setzt es gerade frei. Dies bei größter Gefährdung für alle Besucher. Vertrocknete Buchen sind lebensgefährlich, sie können Waldarbeiter und andere töten. In beiden Nationalparks werden Stilllegungsfolgen und Kosten geradezu systematisch ignoriert. CO<sub>2</sub>-Substitutionsverluste und CO<sub>2</sub>-Freisetzung bei Stilllegungen werden außer Acht gelassen.

**Fazit: Die öffentliche Verwaltung und die Politik haben sich bei zu vielen Sachverhalten des sogenannten Natur- und Umweltschutzes geradezu systematisch vom Rechtsstaatsprinzip und der Verhältnismäßigkeit verabschiedet.** Die Verhältnismäßigkeit solcher Maßnahmen wird in den Parlamenten und der Verwaltung in keiner Weise geprüft. Ich nenne Ihnen dazu ein weiteres Beispiel. Die Übertragung von 100.000 Hektar Wald aus Bundesvermögen an die Deutsche Umweltstiftung ist zu keiner Zeit im Bundestag mit den einhergehenden Kosten für den Steuerzahler diskutiert worden. Sie ist einfach so vollzogen worden.

Mehr noch, Politik und Verwaltung leben Bevormundung oder top-down seit nun bald 25 Jahren mit Vehemenz. Das heißt, von oben nach unten wird regiert. Unser Grundgesetz hingegen will den mündigen Bürger, also bottom-up, von unten nach oben. Deshalb gilt in unserem Rechtsstaat das Subsidiaritätsprinzip. Dessen Ende wird seit 25 Jahren mehr und mehr praktiziert. Wir waren mal die stärkste Wirtschaftsstation in Europa. Wir waren mal deutlich führend in der Wirtschaftswelt. Diese Größe ist Vergangenheit. Ursächlich sind die Missachtung des Rechtsstaatsprinzips und eine völlig überbordende sowie übergriffige Bürokratie. Mehr Bürokratie als in der Wirtschaft und so auch der Landwirtschaft in Deutschland gibt es weltweit nicht. Unsere Bürokratie ist längst, und das ist ein Aberwitz, Opfer ihres eigenen Handelns. Wissen Sie, wie lange Anträge bearbeitet werden? Wir wissen es alle. Sie hat sich selbst und uns alle lahmgelegt. Sie hat unseren Staat dysfunktional gemacht. Sind Staatsdiener dazu da?

Unsere Größe wird endgültig Vergangenheit sein, wenn das Grundgesetz weiter so beliebig behandelt wird, wie von zu vielen in der Politik und mit Blick auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip vorneweg von den Grünen. Das müssen alle Parteien wissen, die mit den Grünen koalieren. Der grüne Abschied von der bürgerlichen Vernunft und Verhältnismäßigkeit ist ein Abschied von unserem demokratischen Rechtsstaat. Und ich werde jetzt mal sehr deutlich. Es war schon in der Weimarer Republik so, dass das Versagen der Mitte die Ränder stark gemacht hat. Es liegt nicht am Wähler, wenn die Ränder erstarken, sondern fast immer am Versagen, an einer sich dem Bürger versagenden Politik und Verwaltung. Wir haben demnächst eine Staatsquote von über 50 Prozent. Wir haben die höchsten Steuereinnahmen in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes. Wir haben mehr Beamte und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst als wir je hatten. Zugleich bauen namhafte Firmen wie Thyssen, Siemens, Bosch, Audi, VW, Miele und wie sie alle heißen, ja die ganze Industrie, in Umfängen Arbeitsplätzen hierzulande ab. Auch dem Handwerk geht es unterirdisch, kurzum dem ganzen Mittelstand. Die Lösung der Misere wird nicht eine Planwirtschaft 2.0 mit Mindestlohn und unhaltbaren Rentenversprechen sein. Die Lösung ist Staatstreue im Sinne der Treue zu unserem Grundgesetz.

Noch ein Wort zum schwer strapazierten Begriff der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet, Soziales, Ökologisches und Wirtschaft ausgewogen unter einen Hut zu bringen. Mithin bedeutet Nachhaltigkeit aufgeklärte nüchterne Sachdiskussion und nicht Entscheidung nach ideologischem Bauchgefühl. Alle, die Wirtschaft und erst recht Land- und Forstwirtschaft machen, haben mit dieser Regierung jetzt keinerlei Planungssicherheit. Niemand von uns kann verlässlich in die Zukunft planen. Während die Industrie einfach Deutschland den Rücken kehrt und schon jetzt ein Viertel der Investitionen für die nächsten 10 bis 20 Jahre im Ausland stattfinden, was bisher so nie der Fall war, sind wir Land- und Forstwirte immobil. Wir können nicht mal eben weg. Und wir sind auch nicht eben mal morgen aus dem Amt. Wir brauchen Dialogbereitschaft und Augenhöhe mit der Politik hier im Land.

Wir wollen weder Belehrung noch Erziehung noch politische Gesinnungskontrolle. Es geht um unsere Freiheit und unser Eigentum, denn wir stehen für und sind gelebte Nachhaltigkeit. Wir stehen dafür, Soziales, Ökologisches und Wirtschaft unter einen Hut zu bringen. Anders würde es auch schon in unseren Familien nicht funktionieren. Dafür stehen aber in allen Parteien zu viele nicht und viele können niemals dafür stehen. Ihnen fehlt die nötige Kompetenz und zugehörige Verantwortung. Dilettanten ohne Berufsabschluss, Sachkenntnis oder Berufserfahrung, beratungsresistent und nicht willens zuzuhören, fehlt jedes Einschätzungsvermögen für gelebte Nachhaltigkeit. Sie sind weder in der Lage, eine Kostenfolgenabschätzung für Maßnahmen auf den Weg zu bringen, noch ernstzunehmend den Generationenvertrag zu leben – wie auch? Sie sind im negativsten, ich betone negativsten Sinne des Wortes, nur Berufspolitiker.

Solche Berufspolitiker haben weder zur Wirtschaft noch zur Nachhaltigkeit ein Verhältnis, geschweige dazu das nötige Verständnis. Ihre mangelhafte Qualifikation, ja zu oft nicht vorhandene Qualifikation, ist schädlich für unser Land. Diese mangelhafte Qualifikation ist uns nicht und letztlich keinem qualifizierten Arbeitnehmer oder Arbeitgeber zu vermitteln. Es reicht eben nicht aus, dass man sich in Parteiämtern hochgesessen und gedient hat. Uns fehlen qualifizierte Ansprechpartner. Das gilt für alle Agrar- und Forst- sowie Wirtschaftshemen. Sie fehlen uns.

Noch ein Wort zu Europa. Wir wollen Europa. Unsere Kinder reisen frei, sind frei und lernen die Welt kennen. Wir wollen Europa. Wir wollen es im Gegensatz zu den Teilen der Politik, die mit Blick auf Optionen für die politische Karrieren ihrer Akteure Europa in Frage stellen. Das machen diese Politiker, indem sie immer wieder für alle ihre Missetaten Brüssel als Alibi herhalten lassen. Wir haben doch alle genau gesehen, wie Frau Lemke und Herr Özdemir oder auch das Umweltbundesamt die EU wann und wo mit wem für was missbraucht haben. Ursächlich für unseren letztjährigen Protest ist das planwirtschaftlich anmutende Öko-Monopoly, das die Bundesregierung und besonders Grüne und SPD seit Jahren mit uns spielen.

Diese Ursache ist geblieben. Wir können für die aktuellen Koalitionsverhandlungen nur dringend empfehlen, das abzustellen. Geschieht dies nicht, gilt: Wir machen das nicht mehr mit. Unser Acker ist nicht die zu verhökernde Parkstraße und unser Wald ist nicht die Schlossallee, an der sich zu viele Politiker samt NGOs mal eben vergreifen dürfen. Die anständig und hart arbeitenden Menschen mit qualifizierter Ausbildung in Deutschland sind nicht bereit, diesem verantwortungslosen Treiben weiter zuzusehen. Unser Land braucht Fachleute und nicht die Menschen, die sich selbst ein Wohlleben, dem Land aber kein dauerhaftes Überleben gewähren. Also zurück zum eigenverantwortlich sozial handelnden Unternehmer. Zurück zu den Werten unseres Grundgesetzes und besonders zum Gebot der Verhältnismäßigkeit.

Zurück zu einem um Vorbildlichkeit bemühten Staatswesen. **Vorbild führt. Wir erwarten eine vorbildliche Obrigkeit. Wir werden keine andere akzeptieren.** Das zu fordern ist in diesem unserem demokratischen

Rechtsstaat nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. Denn sonst wird er samt unserer freiheitlichen Grundordnung untergehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ich möchte an der Stelle den hier Anwesenden auf der Bühne noch einmal danken. Vor allen Dingen Ihnen, Pfarrer Witter, dass Sie gleich den christlichen Hintergrund erwähnen, denn ohne den ist das Grundgesetz auch nicht zu denken.



## Von der Freiheit eines Christenmenschen: Gedenken an die Opfer von Not und Gewalt

Hermann Witter, Pfarrer im Ruhestand, war Leiter des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande der Evangelischen Landeskirche in Baden

Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst möchte ich mich bei den FREIEN BAUERN für die Einladung zu dieser Veranstaltung bedanken. Ich bin gerne zu Ihnen gekommen. Nicht, weil man das so üblicherweise am Anfang eines Vortrags sagt, sondern weil ich es für absolut richtig halte, dieses historische Ereignis nicht zu ignorieren. Ich meine, 500 Jahre Deutscher Bauernkrieg sind es wert, an diesem historischen Ort entsprechend gewürdigt zu werden.

Ich wurde gebeten, über das Traktat von Martin Luther von der Freiheit eines Christenmenschen zu sprechen und im zweiten Teil meiner Rede zu versuchen, der Menschen zu gedenken, die Opfer von Not und Gewalt wurden. Meine Damen und Herren, obwohl der Deutsche Bauernkrieg 500 Jahre zurück liegt, tun wir gut daran, innezuhalten und zu fragen, für welche Werte damals gestritten, gekämpft und gestorben wurde. Und welche Werte davon sind uns heute noch wichtig und welchen Werten droht Gefahr? Auf dem Einladungsflyer, den Sie auch bekommen haben, so gehe ich mal davon aus, wird das Bild eines Landsknechts gezeigt, der eine Fahne in der Hand hält. Und auf dieser Fahne steht im Deutsch der damaligen Zeit Freiheit. Die Fahne und der Landsknecht symbolisieren den Widerstand der Menschen damals gegen Unterdrückung und den Wunsch nach sozialer und politischer Freiheit.

Im ausgehenden Mittelalter war die Gesellschaft stark hierarchisch und agrarisch-feudal geprägt. Eigentum für Bauern gab es nicht, sondern nur für Adel und die Kirche. Die Bauern unterstanden ihren Feudalherren, die ihnen wenig Spielraum zur sozialen und persönlichen Freiheit ließen. Der Aufstieg der Reformation, insbesondere durch Martin Luther, vermittelte unter dem Stichwort Freiheit neues Denken im Bereich der Kirche, im Bereich der Theologie. Dieses neue Denken, dass der Christ allein durch den Glauben an Gott gerechtfertigt ist, sprengte alle Reglementierungsmuster der Kirche. Die Befreiung von alten kirchlichen Gesetzen und Vorschriften entfachte eine Dynamik, die die Reformation trug. In seinen Schriften ermutigte Martin Luther die Menschen, sich gegen die Autorität der Kirche und die damit verbundenen sozialen Normen zu erheben, die den Alltag prägten.

Diese Schriften – Martin Luther hat ja viele veröffentlicht, eine unter dem Titel „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ im Jahre 1520 – stellen einen bedeutenden Wendepunkt in der Theologiegeschichte und in der sozialen Geschichte des Christentums dar. **In diesem Werk formulierte Luther eine radikal neue Freiheit und neue Auffassung von Glauben**, die nicht nur für die reformatorische Bewegung zentral wurde, sondern auch in der beginnenden Debatte um soziale Gerechtigkeit eine entscheidende Rolle spielte.

Luthers genannte Schrift, das muss man um der Ehrlichkeit willen sagen, war eine theologisch-akademische Schrift, die sich an die kirchliche Öffentlichkeit richtete, nicht an das gemeine Volk, wie man damals sagte. Man erkennt das daran, dass dieses Traktat zunächst in Lateinisch erschienen ist und erst danach in Deutsch verfasst wurde. Seine Adressaten waren der Papst, die Kardinäle, die Priester und Mönche, also zunächst mal alle die, die Latein konnten, und nicht die breite Masse. Im Politologendeutsch würde man sagen, Luther war ein strukturprogressiver Typ, was die Kirche anbelangt, aber sehr konservativ, was seine gesellschaftspolitischen Ansichten betraf. Für ihn war es wichtig, dass man Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen mit der Bibel begründen konnte. So war ihm Kritik an den politischen Hierarchien fremd, weil die Obrigkeit von Gott eingesetzt ist. So steht es im Römerbrief des Apostels Paulus.

Luthers Grundgedanken in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ war, dass der wahre Glaube zu innerer Freiheit führt, von der Gnade Gottes abhängt und nicht durch kirchliche oder weltliche

Gesetze und Institutionen bestimmt wird. Er hebt hervor, dass ein Christ durch den Glauben allein gerechtfertigt wird und dass der Mensch durch den Glauben von der Sünde befreit wird. Es heißt dort, ein Christenmensch ist ein freier Mensch über alle Dinge und niemandem untertan. Und diese innere Freiheit soll den Gläubigen dazu anregen, in der Welt aktiv zu sein und Gutes zu tun, nicht aus Zwang oder Furcht, sondern aus Liebe und Dankbarkeit gegenüber Gott. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan. So heißt es in dem zweiten Leitsatz.

Vier Jahre später – wie gesagt, diese Schrift, die ich eben zitiert habe, stammte aus dem Jahre 1520 – vier Jahre später spielte der Gedanke von Freiheit in den aufkommenden Revolten eine entscheidende Rolle. Viele Bauern und Aufständische sahen in Luthers Schriften eine Bestätigung ihrer eigenen Forderung nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan. Der erste Leitsatz von Luthers Text scheint diese These zu bestätigen. Wenn nicht der zweite Satz heißen würde: Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.

Meine Damen und Herren, die Freiheit, für die sich die Bauern damals engagierten, richtete sich gegen die bestehenden sozialen und politischen Ordnungen, um sich aus den Zwängen der Unterdrückung ihrer Feudalherren zu befreien. Ihr Verständnis von Freiheit, wie es auch in den Memminger Artikeln, die wir vorhin schon gehört haben, zum Ausdruck kommt, war stark mit der Idee einer sozialen Reform verknüpft. Das war nicht Luthers Absicht. Luther wollte die Kirche reformieren, aber nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse. Man kann sich fragen, warum Luther nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern wollte. Luthers Argumentation basiert nicht nur auf der Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung, sondern auch auf der Überzeugung, dass die gewaltsamen Methoden der Bauern mit der Botschaft des Evangeliums unvereinbar seien. Und er bezieht sich wieder auf den Apostel Paulus, der im Römerbrief schreibt: Die Obrigkeit ist von Gott.

Und dieser Satz des Apostels Paulus wirkte noch nach bis zu den Widerstandskämpfern im Dritten Reich. Auch da war ja die Frage, im deutschen Widerstand, darf man das? Darf man Hitler ermorden? **Die Obrigkeit ist von Gott.** Die Antwort war: **Die Obrigkeit steht auch unter Gott.** Und das ist auch ganz wichtig, denn sie hat sich damit genauso nach Gottes Geboten zu verhalten wie alle anderen auch.

So distanzierte sich der Reformator nach Beginn der Auseinandersetzungen 1525 von den Bauern und ihrer gewaltsamen Revolte und forderte sogar in seinem Pamphlet „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ deren Niederwerfung. **Das zentrale Missverständnis besteht eben darin, dass die Bauern Freiheit im politischen und sozialen Sinn suchten. Luthers Schwerpunkt aber war die Freiheit, die aus dem Glauben kommt und sich an die göttlichen Gebote gebunden weiß.** Sein Aufruf zur Ordnung und seine Stellungnahme für die Herrschenden führte zu einer tiefen Spaltung, nicht nur zwischen ihm und den aufständischen Bauern, sondern auch innerhalb der reformatorischen Bewegung überhaupt. Und Thomas Müntzer, dem wir hier auch in Frankenhausen gedenken, ist ein Beispiel dafür, der Opponent zu Martin Luther war. Ich komme nun zum zweiten Teil.

Der Bauernkrieg hat sich im kollektiven Gedächtnis der Menschen in Deutschland ausgewirkt. Wir sollten wissen, dass die Vergangenheit unser gemeinsames Erbe ist, das wir annehmen und pflegen müssen, persönlich, aber auch in der Gemeinschaft. Und diese Vergangenheit kann nur in der Erinnerung behütet werden, wenn die Vergangenheit auch Zukunft gewinnen will. Das Gedächtnis macht unser Leben aus, denn verlieren wir das Gedächtnis, sind wir nichts, da wir alles vergessen. Solange wir uns im Gedächtnis erinnern, kämpfen wir gegen das Vergessen, ermöglichen wir das Gedenken und das Andenken. Es ist an uns, den getöteten Menschen, soweit es noch möglich ist, ein Gesicht zu geben, in dem wir an die Geschehnisse und an die Geschichten, die überliefert sind, erinnern. Um den Opfern gerecht zu werden und die historischen Ereignisse in unser Gedächtnis zu rufen, schlage ich drei Ansätze vor, die man einer zeitgemäßen Erinnerungskultur zugrunde legen könnte.

**Erstens Bildung und Aufklärung.** In Schulen und Bildungseinrichtungen sollte das Thema Bauernkrieg und seine gesellschaftlichen Konsequenzen in den Lehrplan aufgenommen werden. Wie man hört komme ich aus Baden-Württemberg, im Bildungsplan für die Klassenstufen 7 und 8 an den Gymnasien in unserem Bundesland sind für den Bauernkrieg zwei Stunden, also 90 Minuten vorgesehen. Diese Zeit reicht aus, um das Thema anzureißen. Das Doppelte an Zeit wäre jedoch notwendig, um die Schülerinnen und Schüler an Quellenarbeit und regionale Bezüge heranzuführen. Man muss sich klar machen: Die zwölf Artikel, welche die Bauern 1525 in Memmingen gegenüber den Fürstentümern und Städten des Schwäbischen Bundes erhoben, sind das politische Manifest der Bauernaufstände. Sie sind eine der ersten schriftlichen



Forderungen nach Menschen- und Freiheitsrechten auf dem europäischen Kontinent. Durch Projekte und Diskussionen und Exkursionen an historischen Orten, wie hier zum Beispiel, könnte das Bewusstsein für dieses Geschichtserlebnis geschärft werden. Ich fürchte aber, die im Bildungsplan von Baden-Württemberg vorgesehenen zwei Unterrichtseinheiten werden der Komplexität dieser Epoche überhaupt nicht gerecht.

**Zweitens** Historiker, Theologen und Ethiker sollten gemeinsam **Workshops** anbieten, die nicht nur die historischen Fakten präsentieren, sondern auch **ethische Fragen** stellen, ethische Fragen aufwerfen, die heutzutage relevant sind. Wie gehen wir mit Macht und Ungerechtigkeit um? Wie können wir heute für die Freiheit jedes Einzelnen eintreten? Assoziationen fallen Ihnen hier selbst ein.

**Drittens** die Nachforschung und **Veröffentlichung von persönlichen Geschichten und Schicksalen** der damaligen Zeit könnte helfen, die Anonymität der Zahlen zu durchbrechen. Sie könnten nun einwenden, ein ehrenwertes Anliegen, aber nach 500 Jahren, wie soll das gehen? Mein ehemaliger Chef, ein langjähriger Gemeindepfarrer, sagte einmal zur Sozialgeschichte der Dörfer, ein Dorf hat ein langes Gedächtnis. Es mag banal klingen, aber was ich Ihnen jetzt erzähle, ist genau so geschehen. Vor zehn Jahren aus Anlass des 490. Jahrestages der Schlacht am Turmberg in Königshofen veranstaltete die Evangelische Akademie Baden unter meiner Leitung eine Tagung unter dem Titel „Der Bauernkrieg ist nicht vergessen“. Für alle, die es nicht wissen, man kann es ja hier nicht voraussetzen, am 2. Juni 1525 fand in Königshofen im Taubertal, das liegt bei Würzburg, die entscheidende Schlacht zwischen den Bauernhaufen aus dem Neckartal, dem Odenwald und Tauberfranken und den Truppen des Schwäbischen Bundes unter Georg Truchseß von Waldburg-Zeil statt mit 3.000 bis 7.000 Bauern, die dort getötet wurden. Als Referenten für diese Tagung konnte ich einen renommierten Historiker, der an der Universität Freiburg lehrte und selbst aus Königshofen stammte, gewinnen. Ich werde nicht vergessen, mit welcher tiefen emotionalen Betroffenheit der sonst recht nüchtern referierende Historiker berichtete, was in jenen Tagen in seinem Dorf geschehen ist und wie die verwundeten Soldaten versorgt und die sterbenden Kämpfer in der dortigen Kirche gelagert und ausgesegnet wurden. Das war für mich ein Beispiel, wie das noch lebt und es die Leute heute noch umtreibt, was in der damaligen Kirche geschehen ist.

Historiker schätzen, wir haben es vorhin kurz schon gehört, dass der Deutsche Bauernkrieg über 100.000 Menschenleben gefordert hat, nicht nur unter den aufständischen Bauern, sondern auch unter den Adligen, dem Klerus, den Soldaten und der Zivilbevölkerung. Diese hohen Zahlen sind erschreckend und überwältigend, machen fassungslos und doch müssen wir sie zur Kenntnis nehmen. Stellt sich nun die Frage, wie kann man der Opfer würdig gedenken? Bevorzugte Orte des Gedenkens sind die Kirchen. Und eine besondere Form des Gedenkens ist die Liturgie, die in den Gotteshäusern vollzogen wird. Sie ist die innigste Form des Gedenkens, weil in Zeichen und in den biblischen Texten, in den Gebeten und in den Liedern ein reicher Schatz zum Ausdruck kommt, aus dem wir als Gemeinschaft Kraft beziehen können und das Andenken fördern.

Mit den Worten des 23. Psalms haben sich Menschen zu allen Zeiten an Gott gewandt, um ihm zu klagen, was sie im Augenblick bedrückt, was ihnen Sorge bereitet, sich Mut und Trost zugesprochen und worauf sie ihre Hoffnung setzen. Ich lade Sie nun alle ein, in dem Gedenken an alle Opfer von Kriegen und Bürgerkriegen, von Not und Gewalt, von Hunger und Verbrechen, diese uralten Worte zu hören und danach gemeinsam das Vaterunser zu beten.

Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln.

**Er weidet mich auf einer grünen Aue und führt mich zum frischen Wasser.**

Er erquicket meine Seele, er führt mich auf rechter Straße um seines Namens willen.

Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal, fürchte ich kein Unglück, denn Du bist bei mir.

Dein Stecken und Stab trösten mich. Du bereitest vor mir einen Tisch im Angesicht meiner Feinde.

Du salbest mein Haupt mit Öl und schenkest mir voll ein. Gutes und Barmherzigkeit werden mir folgen mein Leben lang und ich werde bleiben im Hause des Herrn immerdar. Amen.

Lasst uns beten:

Vater unser im Himmel, geheiligt werde Dein Name.

Dein Reich komme, Dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden.

**Unser tägliches Brot gib uns heute**

und vergib uns unsere Schuld wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.

Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen.

Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



## **FREIE BAUERN, 500 Jahre danach: Das versprechen wir uns**

**Frieda Salzwedel:** Vor 500 Jahren sind die Bauern aufgestanden gegen Leibeigenschaft, Ausbeutung und bittere Not. Heute ist unser Leib nicht mehr Eigentum der Herrschenden, aber ist unser Geist auch frei? Viel zu sehr lassen wir uns doch noch in unserem Denken und Handeln von dem leiten, was Politiker uns vorgaukeln, Bürokraten uns vorschreiben, Ökonomen uns vorrechnen, Ideologen uns vorwerfen. Wollen wir unser Leben selbstbestimmt leben und auf unser eigenes Urteilsvermögen bauen, unseren Beruf mit Herz und Verstand, Fachwissen und bäuerlicher Erfahrung ausüben und so und nicht anders unserer Verantwortung für Höfe und Familien gerecht werden? Wollen wir freie Bauern sein, niemandem zu eigen und niemandem hörig? Dann sprechen wir alle zusammen: Ja, das versprechen wir uns!

JA, DAS VERSPRECHEN WIR UNS!

**Ralf Ehrenberg:** Landwirtschaft ist die Erzeugung von Lebensmitteln durch Bodenfruchtbarkeit, Sonnenenergie und unsere Arbeit. Wir erzeugen das Wichtigste der Welt, das tägliche Brot. Und wir können es nur erzeugen in Ehrfurcht vor der Schöpfung, im vernünftigen, maßvollen Zusammenwirken mit Boden und Wetter, Pflanzen und Tieren. Wie konnte es soweit kommen, dass dieser wichtigste Beruf der Welt von Teilen der Gesellschaft vor allem als Klimabelastung, Umweltverschmutzung und Tierquälerei wahrgenommen wird? Wollen wir trotzdem mit Überzeugung Landwirtschaft betreiben, stolz auf unsere harte und schöne Arbeit, demütig gegen Naturgesetze und Naturgewalten – und maximal gleichgültig gegenüber gesellschaftlichen Irrungen und Verwirrungen? Dann sprechen wir alle zusammen: Ja, das versprechen wir uns!

JA, DAS VERSPRECHEN WIR UNS!

**Christian Linne:** Bauernhöfe werden von Eigentümern bewirtschaftet, deshalb sind sie überall auf der Welt die überlegene Agrarstruktur. Wir lieben die Höfe, Dörfer und Landschaften, die von unseren Vorfahren geschaffen wurden und in denen wir aufgewachsen sind. Unsere Höfe sind mehr als Anlageobjekte oder Betriebsstätten. Sie sind unser Leben, unsere Zukunft. Wie ist es zu erklären, dass so viele Berufskollegen sich entmutigen lassen und funktionierende Betriebe aufgeben, dass junge Menschen gar nicht erst mit

Landwirtschaft anfangen? Nur, weil sie damit zur Zeit nicht das Einkommen oder die Anerkennung erzielen können wie in anderen Berufen? Was wir von unseren Vätern und Müttern ererbt haben – wollen wir es erwerben, um es zu besitzen? Wollen wir unsere Bauernhöfe weitertragen als Treuhänder in die nächste Generation? Dann sprechen wir alle zusammen: Ja, das versprechen wir uns!

JA, DAS VERSPRECHEN WIR UNS!

**Christine Knobloch-Hiller:** Das Größte, was wir in einem Bauernleben erreichen können, sind nicht die Hallen, die wir gebaut, die Liter, die wir gemolken, die Hektar, die wir erworben haben. Das Größte ist, wenn wir es schaffen, der nächsten Generation die Liebe zur Natur, zur bäuerlichen Arbeit und zum selbständigen Wirtschaften mitzugeben. Und das Schlauste, was wir am Anfang eines Bauernlebens machen können, am besten noch bevor wir unsere Modellkalkulation aus der Semesterarbeit oder das Entwicklungskonzept des Betriebsberaters umsetzen, ist diejenigen zumindest anzuhören, die schon ein paar Jahre länger auf derselben Scholle immerhin zurechtgekommen sind. Wollen wir die Alten achten, ihre Ratschläge bedenken, ihre Erfahrungen ernst nehmen? Und wollen wir die Jungen ermutigen, ihnen Vertrauen schenken, Freiräume geben, eigene Wege zu gehen? Dann sprechen wir alle zusammen: Ja, das versprechen wir uns!

JA, DAS VERSPRECHEN WIR UNS!

**Malte Voerste:** Den Hof zu erhalten in schwierigen Zeiten, dafür gibt es kein Patentrezept. Landwirtschaft ist kein schnelles Geschäft, sie verlangt Augenmaß, Denken in langen Zeiträumen ... Gier und Größenwahn haben keinen Platz. Sie verlangt die Fähigkeit, sich anzupassen ohne sich aufzugeben ... von staatlichen Plänen und ökonomischen Prognosen sollte sich niemand bange machen lassen, aber auch nicht zu sehr auf angebliche Verbraucherwünsche oder gesellschaftliche Anforderungen bauen. Ist es nicht an der Zeit, entschieden zu proklamieren, dass es überhaupt keine Mindeststandards für zukunftsfähige Landwirtschaft gibt, lediglich unterschiedliche Möglichkeiten, die Betriebe in die Zukunft zu führen, und dass darüber bitteschön wir allein entscheiden? Wollen wir das tun und auf unseren Höfen weiter Lebensmittel produzieren, Boden und Vieh gesund, Gebäude und Technik instand halten und unser Eigentum sichern? Dann sprechen wir alle zusammen: Ja, das versprechen wir uns!

JA, DAS VERSPRECHEN WIR UNS!

**Antonia Ehrenberg:** In langen Zeiträumen denken wir auch als berufsständische Interessenvertretung. Heute verneigen wir uns vor unseren vor 500 Jahren gefallenen Berufskollegen. Vor 50 Jahren war unser Berufsstand hier ausgelöscht, von einem Staat, der in zynischer Weise ausgerechnet den Deutschen Bauernkrieg verherrlichte. Trotzdem und trotz aller Hindernisse sind in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wieder Bauernhöfe entstanden, haben sich gut entwickelt und bewirtschaften inzwischen fast die Hälfte der Flächen. Die Freiheit der Bauern war nie selbstverständlich, aber sie war immer ein Segen für das Land. Vor fünf Jahren begannen die Bauernproteste gegen Ungerechtigkeiten und Bevormundung in unserer Zeit. Wollen wir über unsere Höfe hinaus in diese Gesellschaft hinein wirken – als Teil der arbeitenden Bevölkerung, die echte Werte schafft, als Teil des ländlichen Raumes, der Kraft und Ruhe verströmt? Wollen wir unsere Berufskollegen dabei mitnehmen, auch die müde und verzagt sind, niemals den Mut verlieren und als Gemeinschaft von Gleichgesinnten selbstbewusst und solidarisch die Herausforderungen meistern, die vor uns liegen? Dann sprechen wir alle zusammen: Ja, das versprechen wir uns!

JA, DAS VERSPRECHEN WIR UNS!

**Gott erhalte, Gott beschütze, unsere Höfe, unser Land  
Schenk uns Mut und Treu und Glauben, stärke unseren Bauernstand  
Hilf uns gegen Bürokraten, Kapital und Industrie  
Segne unsere Bauernarbeit, unsere Felder, unser Vieh!**



*Die Agrarpolitische Kundgebung „500 Jahre Deutscher Bauernkrieg“ am 20. März 2025 in Bad Frankenhausen war der Abschluss einer Reihe von Winterveranstaltungen, mit denen wir in allen Regionen Deutschlands präsent und im Austausch mit Mitgliedern und interessierten Berufskollegen waren. Den Auftakt bildete die Mitgliederversammlung der FREIEN BAUERN in Brandenburg am 12. Februar, wo wir die Schriftstellerin und Juristin **Juli Zeh** (Foto, mit Marco Hintze, Alfons Wolff und Reinhard Jung) zu Gast hatten. Im Podiumsgespräch mit dem Landesreferenten Reinhard Jung plädierte die engagierte Literatin für einen langen Atem in der Auseinandersetzung mit einer agrarfernen*

*Gesellschaft. Der Berufsstand sollte so wie bei den Protesten des vergangenen Jahres inhaltlich stark seine Anliegen vorbringen, auch wenn viele Themen heute ideologisch aufgeladen seien. Auf keinen Fall dürfe man sich dazu verleiten lassen, Wut und Hass zu spiegeln – trotz aller Anfeindungen der Bauern sieht Zeh ein wachsendes Verständnis in der Bevölkerung und riet deshalb dazu, bei sachlichen Argumenten zu bleiben: "Steter Tropfen höhlt den Stein." Nachmittags wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand, siehe Pressemitteilung unten. Vortragsveranstaltungen mit Alfons Wolff, Peter Guhl und Reinhard Jung gab es im Februar auch noch in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Thema: Bauernprotest am Limit – wann können wir es uns endlich wieder gemütlich machen? Nachdem die letzten großen Proteste wieder kein konkretes Ergebnis gebracht haben, ist der Frust groß bei vielen Berufskollegen ... wie wir unter den künftig wahrscheinlich nicht leichteren gesamtpolitischen Bedingungen trotzdem Widerspruch organisieren und unsere Betriebe krisenfest aufstellen können, wurde entsprechend heftig diskutiert. Besonders gut besucht war die Winterversammlung in Erwitte auf der Diele des alten Westfalenhauses unseres Mitglieds Mechthild Eickenbusch. Wie jedes Jahr waren die Versammlungen auch diesmal wieder eine gute Gelegenheit, neue Mitglieder zu gewinnen.*

## **Marco Hintze an der Spitze der FREIEN BAUERN Brandenburg**

(12.02.2025) Der Bauernbund Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, hat auf seiner Mitgliederversammlung gestern in Schönwalde-Glien seinen Präsidenten Marco Hintze einstimmig für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Der 53jährige Landwirt, der in Krielow im Havelland einen Betrieb mit Ackerbau und Rindermast bewirtschaftet, steht der bäuerlichen Berufsvertretung seit 2017 vor. Als Stellvertreter gewählt wurden der 38jährige Ackerbauer Lutz Wercham aus dem Oderbruch und – neu im Vorstand – die 26jährige Mutterkuhhalterin Frieda Salzwedel aus Michaelisbruch in der Ostprignitz. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden Timo Scheib aus Biesdorf in Märkisch Oderland, Maik

Behrend aus Neuholland in Oberhavel und Yvonne Dorowski aus Leibsch im Spreewald. Sie unterstützen künftig die wiedergewählten Vorstandsmitglieder Thomas Kiesel, Hans-Jürgen Paulsen, Jens Gerloff, Ulf Simon, Dirk Schulze, Frank Michelchen und Matthias Kurth. Unter großem Applaus verabschiedet wurde „Urgestein“ Reinhard Benke aus Mörz in der Mittelmark – er hatte den Bauernbund noch als Stimme der Privatbauern gegen die Übermacht der roten Barone und alten Seilschaften 1993 mitgegründet und gehörte dem Vorstand ganze 32 Jahre an. Mit 470 Mitgliedern sind die FREIEN BAUERN in Brandenburg die zweite große Berufsvertretung im Agrarbereich.



*Vor der Bundestagswahl haben wir nochmal deutlich gemacht, wo aus unserer Sicht der grundlegende Neubeginn in der Agrarpolitik ansetzen muss, nämlich bei Fachlichkeit und Glaubwürdigkeit ...*

## **FREIE BAUERN nach Scheitern der Dünge-Novelle: Danke für Nichts, Cem Özdemir**

(30.01.2025) Die FREIEN BAUERN haben das Scheitern der Düngegesetznovelle als den „hoffentlich letzten Akt in einer langen Kette von Amtsversagen“ des scheidenden Bundeslandwirtschaftsministers bezeichnet. „Nicht einmal die von seinem CSU-Vorgänger Christian Schmidt stammende völlig überflüssige und extrem arbeitssaufwändige Pflicht, jedes Jahr mit einer Stoffstrombilanz exakt die gesamten betrieblichen Nährstoffeinträge und -austräge gegenzurechnen, hat Cem Özdemir uns erlassen“, bedauert Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Dass er sich damit eigenmächtig über ein auf der letzten Agrarministerkonferenz erzieltes Einvernehmen mit seinen Länderkollegen hinwegsetzt, zeige einmal mehr, dass der grüne Politiker seinem Amt noch nie gewachsen war, kritisiert der 53jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Özdemir hat Billigimporte von ukrainischem Getreide und brasilianischem Rindfleisch zugelassen, er hat wichtige Wertschöpfungsprojekte wie Kartellrechtsreform, Vertragspflicht und Herkunftskennzeichnung auf die lange Bank geschoben, nach drei verlorenen Jahren können wir nur sagen: Danke für Nichts.“

Dass die Stoffstrombilanz trotz der jetzt eingetretenen Verzögerung auf der Abschlusliste entbehrlicher Regelungen ganz weit oben steht, sieht Ehrenberg allerdings als Erfolg langjähriger Überzeugungsarbeit. Die FREIEN BAUERN hatten als einziger Verband bereits 2017 die Düngeverordnung mit ihren restriktiven Vorgaben zu Lagerkapazitäten, Ausbringungsfristen, Einarbeitungstechniken und Aufzeichnungspflichten als willkürlich abgelehnt. „90 Prozent unserer Landwirte brauchen überhaupt keine Düngeverordnung“, argumentiert Ehrenberg: „Wir sind gut ausgebildet, ökonomisch interessiert am sparsamen und wirksamen Einsatz von Nährstoffen, und wir wissen auch ohne kleinkarierte Vorschriften, was gut für unsere Böden, Pflanzen und Tiere ist.“ Wo es Probleme gibt, müssten die Ursachen behoben werden, fordern die FREIEN BAUERN mit Verweis auf das aktuelle Urteil des Niedersächsischen Obergerichtes gegen pauschale Einschränkungen in den roten Gebieten. Özdemirs Nachfolger solle daher alle Düngeauflagen seit 2017 auf ihre fachliche und ökologische Sinnhaftigkeit prüfen.

## **Der Wolf im Hundspelz: FREIE BAUERN verlangen Glaubwürdigkeit in der Agrarpolitik**

(11.02.2025) Als Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN am Morgen des 4. November 2024 in seinem Stall fünf tödlich verletzte Kälber vorfand, stand für ihn fest, dass die Tiere einem Wolfsangriff zum Opfer gefallen sein müssen – umso erstaunter war der 59jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen, als die vom Umweltministerium veranlasste Untersuchung von Wundproben durch das Senckenberg-Institut als Verursacher einen Hund ergab. „Natürlich laufen unsere Hofhunde in den Ställen rum, aber dass sie plötzlich aggressiv geworden sein sollen, konnte ich nicht glauben“, berichtet Guhl, der daraufhin privat eine Untersuchung weiterer Wundproben beim unabhängigen Institut für forensische Genetik und Rechtsmedizin in Auftrag gab.

Jetzt liegen die Ergebnisse vor: Neben genetischen Spuren der Hunde ist eindeutig auch die Genetik eines Wolfs nachweisbar. Guhl geht es mit seiner Initiative nicht um Geld, sondern um Glaubwürdigkeit: „Worauf sollen wir Bauern denn noch vertrauen, wenn eine staatlich finanzierte Einrichtung durch offensichtlich unsaubere Methodik dafür sorgt, dass Wolfsangriffe nicht festgestellt und Entschädigungen nicht ausgezahlt werden?“ Die gezielte Verharmlosung der ständig wachsenden Wolfspopulation sieht der Landwirt als leider typisches Beispiel dafür, dass ideologische Wunschvorstellungen und erlebte Wirklichkeit auf dem Lande immer weiter auseinanderklaffen und damit den Respekt der Bevölkerung vor den dafür verantwortlichen Politikern untergraben. Guhl: „Das ist nicht gut für unsere Demokratie, wir brauchen wieder mehr Glaubwürdigkeit in der Agrarpolitik.“

Tatsächlich stehe das „Märchen vom seltenen, scheuen, durch geeignete Schutzmaßnahmen leicht abzuschreckenden Wolf“ nur stellvertretend für eine Unmenge an Unwahrheiten, mit denen der Öffentlichkeit derzeit ein Zerrbild von Landwirtschaft und ländlichem Leben vermittelt werde, bedauert Guhl: „Wir sehen eine mit hohen Erträgen gesegnete, blühende Kulturlandschaft und wundern uns, wie das sein kann, wo wir Bauern doch angeblich seit Jahrzehnten die Natur zerstören, die Böden auslaugen, die Gewässer vergiften und die Tiere quälen. Wir sehen unsere friedlichen Rinder, ältestes Haustier in der Geschichte der Menschheit, und vernehmen fassungslos, dass diese heute Pandemien auslösen und das Klima ruinieren sollen.“ Um die Landwirtschaft herum habe sich ein scheinwissenschaftliches, für seine Betreiber äußerst profitables System der

Agrarverleumdung etabliert, kritisieren die FREIEN BAUERN und wünschen sich von einer künftigen Agrarpolitik die Bereitschaft, wissenschaftliche Erkenntnisse mit der Wirklichkeit abzugleichen. Guhl: „Hinter solchen Ideologien stecken oft handfeste Interessen, aber von Ideologien ist noch keiner satt geworden.“



Kriminelle Energie, professionell in Szene gesetzt: Animal Rebellion auf dem Hof Felßner (Foto: Animal Reb.)

*Nach der Bundestagswahl hat uns die Personalie Felßner einen heftigen Shitstorm eingebracht. Peter Guhl hat in einem Interview mit Welt TV sehr schlüssig dargelegt, dass wir sowohl die Aktion von Animal Rebellion auf dem Hof der Familie Felßner aufs*

*Schärfste verurteilen als auch aufgrund der Reaktion von Günther Felßner darauf Zweifel an dessen Eignung für das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers haben. Vielleicht sollten diejenigen, die uns daraufhin mit Schaum vorm Mund fehlenden Anstand und gar Charakterlosigkeit vorgeworfen haben, mal darüber nachdenken, was für einen billigen Erfolg Felßner den kriminellen Tierrechtlern damit beschert hat, was für ein verheerendes Signal es aussendet, wenn ein Hausfriedensbruch ausreicht, um einen designierten Bundeslandwirtschaftsminister zum Rückzug zu zwingen. Im übrigen waren wir die ersten, die drei Tage nach der Tat konkret gegen Animal Rebellion vorgegangen sind.*

## **FREIE BAUERN handeln: Strafanzeige gegen Animal Rebellion wegen Felßner-Aktion**

(29.03.2025) Die FREIEN BAUERN haben bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg Strafanzeige gegen Animal Rebellion Deutschland erstattet, unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie wegen Nötigung und schwerem Hausfriedensbruch auf dem Landwirtschaftsbetrieb von Günther Felßner. „Der Sachverhalt ist aus unserer Sicht völlig eindeutig und wir verstehen nicht, was die Polizei drei Tage nach der Tat noch zu prüfen hat“, begründete Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, den Schritt und äußerte die Befürchtung, dass wie bei vielen anderen Angriffen auf bäuerliches Eigentum die Ermittlungen auch in diesem Fall nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt würden: „Zwar hat Markus Söder vollmundig eine Bestrafung der Täter angekündigt, aber soweit wir erkennen können, wird in Bayern bisher nur demonstriert und lamentiert.“ Deshalb haben die FREIEN BAUERN jetzt die Initiative ergriffen, um mit ihrer Strafanzeige sicherzustellen, dass die Verfolgung der Straftat nicht im Sande verläuft.

Bereits im September 2022 waren die FREIEN BAUERN juristisch gegen Animal Rebellion vorgegangen, als die militanten Tierrechtler von einem genehmigten Protestcamp aus die Molkerei Ammerland blockiert hatten, erinnert Wolff: „Trotz erheblicher Schwierigkeiten, die Adresse der Täter ausfindig zu machen, haben wir damals einen Antrag auf einstweilige Verfügung auf den Weg gebracht, woraufhin Animal Rebellion die Aktion abbrach.“ Im Ammerland seien die FREIEN BAUERN für ein betroffenes Mitglied tätig geworden, das durch die Nichtabholung seiner Milch geschädigt wurde. Günther Felßner sei zwar noch

kein Mitglied, in seinem prominenten Fall sieht Wolff allerdings die Interessen des gesamten Berufsstandes berührt: „Wenn man einen Tierhalter ungestraft dermaßen einschüchtern darf, ist das doch eine Einladung an Kriminelle, solche Aktionen auf anderen Bauernhöfen zu wiederholen.“

*Dem absehbaren „Weiter so“ einer Großen Koalition haben wir in unseren Erwartungen an die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen eine ebensolche Kontinuität entgegen gesetzt, auch wenn wir uns diesmal vielleicht nicht so viele Illusionen machen ...*

## **Gelebte Nachhaltigkeit: FREIE BAUERN recyceln Forderungen von 2021 für den Koalitionsvertrag 2025**

(05.03.2025) Die FREIEN BAUERN haben ihre vor dreieinhalb Jahren in einem breiten Bündnis landwirtschaftlicher Organisationen vorgebrachten Forderungen für den damals von SPD, FDP und Grünen verhandelten Koalitionsvertrag den künftigen Verhandlungspartnern aus CDU/CSU und SPD unverändert vorgelegt. „Ist das nicht gelebte Nachhaltigkeit?“, fragt ironisch Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Wer das nach den Bauernprotesten gegen die letzte Große Koalition voller Hoffnung auf echte Reformen entstandene Papier heute noch einmal durchliest, muss sich schon die Frage stellen, warum die Ampel in dreieinhalb Jahren kein einziges unserer wichtigen Anliegen ernsthaft angepackt geschweige denn umgesetzt hat.“ Noch einmal dürfe eine aus den etablierten Parteien gebildete Bundesregierung die bäuerliche Bevölkerung nicht so schwer enttäuschen, meint der 64jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt und mahnt eine grundsätzliche Wende in der Landwirtschaftspolitik an: „Die längst überfällige Rücknahme der von der Ampel beschlossenen Steuererhöhung für Agrardiesel würden wir als Signal des guten Willens werten, sie reicht aber bei weitem nicht aus.“

Der von den FREIEN BAUERN jetzt recycelte Forderungskatalog war im Oktober 2021 gemeinsam mit LSV Deutschland, BDM, AbL, Milchboard und LSV Original aufgestellt worden. Kernpunkte waren eine Ausrichtung der Agrarpolitik auf bäuerliche Familienbetriebe, eine Verringerung des Preisdrucks durch unter niedrigeren Standards produzierte Billigimporte sowie eine Stärkung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette gegen die Macht der Monopole, außerdem eine Überprüfung unsinniger Produktionsauflagen und ein Ende der Flächenkonkurrenz durch den Naturschutz. „Alle damals aufgestellten Forderungen sind aus unserer Sicht nach wie vor dringend notwendig, um faire Rahmenbedingungen für unsere Betriebe zu schaffen und die regionale Versorgung zu sichern“, argumentiert Wolff und bietet den Verhandlungspartnern von CDU/CSU und SPD die Unterstützung seiner Organisation an.

## **FREIE BAUERN unterstützen Vorschlag von Agrarkommissar Hansen zur Vertragspflicht für Milchlieferungen**

(08.01.2025) Die FREIEN BAUERN haben den Vorschlag des EU-Agrarkommissars Christophe Hansen zur Konkretisierung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung begrüßt. „Mit der darin vorgesehenen allgemeinen Vertragspflicht für Milchlieferungen wäre es einerseits nicht mehr ins Belieben der Mitgliedsstaaten gestellt, ob sie das Machtgefälle zwischen Molkereien und Milcherzeugern zugunsten gleichberechtigter Beziehungen auflösen oder nicht“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN



BAUERN: „Andererseits entfällt damit auch eine Hauptsorge der bisherigen Gegner des Artikels 148, durch einzelstaatliche Anwendung müssten die heimischen Molkereien Nachteile gegenüber der europäischen Konkurrenz erdulden.“ Eine Vertragspflicht funktioniere allerdings nur, wenn für ausnahmslos alle Milchlieferungen konkret bezifferte Mengen und Preise vorab vereinbart werden müssen, ist der 59jährige Milchviehalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen überzeugt. Um langwierige Auseinandersetzungen um die Interpretation der Neufassung zu vermeiden, regen die FREIEN BAUERN in einer Stellungnahme deshalb an, auf manipulationsanfällige Ausnahmeregelungen und Berechnungsmodelle gänzlich zu verzichten. Guhl: „Angebot und Nachfrage regeln den Preis, dieses einfache Grundgesetz der Marktwirtschaft sollte endlich auch für die Milch gelten.“

Nach wie vor müssen Milchviehalter in Deutschland und weiten Teilen Europas ihre komplette erzeugte Menge an nur eine Molkerei abliefern, die im nachhinein einseitig entscheidet, was sie dafür bezahlen will. „Solche sittenwidrigen Lieferbeziehungen sind ein wesentlicher Grund dafür, dass uns derzeit überall die Milchviehhaltung wegbricht“, meint Guhl und sieht für die Zukunft ernsthafte Schwierigkeiten, die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Milchprodukten noch sicherzustellen. Im Gegensatz zur Bundesregierung habe die Europäische Kommission offenbar erkannt, dass eine allgemeine Vertragspflicht nicht nur kommen muss, um die Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu stärken, sondern schlicht, weil sonst in absehbarer Zeit leere Regale in den Supermärkten drohen, so Guhl: „Dass Milchpulverimporte aus Nordamerika im Zweifelsfall teurer werden als fair bezahlte Bauern hierzulande, ist eine Erkenntnis, die sich durchsetzen wird.“

## **FREIE BAUERN zur Agrarministerkonferenz: Vertragspflicht für Milch und Schlachtvieh jetzt durchsetzen**



(27.03.2025) Die FREIEN BAUERN haben die Agrarministerkonferenz aufgefordert, die Stellung der landwirtschaftlichen Erzeuger in der Wertschöpfungskette zu stärken. „Wir brauchen eine Vertragspflicht mit vorab vereinbarten konkret bezifferten Mengen und Preisen, und zwar für alle Agrarprodukte, nicht nur für Milch, wo die Lieferbeziehungen besonders ausbeuterisch sind“, sagte Thomas Frenk, Landessprecher der FREIEN BAUERN Baden-Württemberg, bei einer

gemeinsam mit BDM und LSV organisierten Protestaktion vor dem Kurhaus in Baden Baden. Die Überlegungen des neuen EU-Agrarkommissars Christophe Hansen für eine Vertragspflicht bei Milch sollten daher unterstützt und ausgeweitet werden, so der 47jährige Milchviehalter aus dem badischen Nonnenweier: „Unser Anteil an der Wertschöpfung ist vor allem deshalb so niedrig, weil in weiten Teilen der Rohstoffmärkte überhaupt kein Wettbewerb mehr stattfindet und wenige große Konzerne nachträglich und einseitig über die Preise bestimmen.“ Ein Aufbrechen dieser Machtstrukturen sei nur möglich durch die klare ordnungsrechtliche Vorgabe, Vorab-Verträge abzuschließen, argumentiert Frenk: „Wir wollen unsere Produkte wie richtige Unternehmer verkaufen und nicht einfach abliefern und auf die Gutschrift warten.“ Neben der Milch, wo die Erzeuger derzeit keinerlei Einfluss auf die Preisgestaltung haben, kritisieren die FREIEN BAUERN ebenso die Lieferbeziehungen beim Schlachtvieh. Auch hier sollte es zur Pflicht werden, vorab Mengen und Preise zu vereinbaren und auf diese Weise für beide Seiten eine Kalkulierbarkeit herzustellen, wünscht sich Frenk von den Agrarministern.

## **FREIE BAUERN Brandenburg fordern Seuchenbekämpfung mit Augenmaß: Keine gesunden Tiere töten!**

(14.01.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben Politik und Verwaltung zur Besonnenheit im Umgang mit der Maul- und Klauenseuche (MKS) aufgerufen. „Gerade in unserem vieharmen Bundesland bestehen gute Chancen, die hochansteckende, aber im Regelfall nicht tödliche Krankheit in Griff zu bekommen“, sagte Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Paulsen, Milchviehhalter aus dem uckermärkischen Zollchow: „Die massiven Gegenmaßnahmen sind daher gerechtfertigt und aussichtsreich, allerdings müssen wir aufpassen, dabei nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten.“ Für eine effektive Eindämmung der Seuche erforderlich sei in den Sperrzonen eine Konzentration der Tiere in Ställen oder Pferchen, deren intensive Überwachung in enger Zusammenarbeit mit den Tierhaltern sowie ein Transportverbot. Die in einigen Fällen bereits amtlich angeordnete vorbeugende Tötung gesunder Tieren hingegen sei ethisch immer ein Grenzfall und bedrohe bäuerliche Existenzen, gibt Paulsen zu bedenken: „Wenn ausgerechnet diejenigen, die uns sonst haarklein vorschreiben, wie wir angebliches Tierwohl verwirklichen sollen, ohne zwingende epidemiologische Notwendigkeit Tiere umbringen lassen, erwidern wir: So geht man nach unserem Verständnis nicht mit Tieren um und das ist auch nicht im Interesse der Landwirtschaft!“

Die bundesweit gültige MKS-Verordnung gebe den Behörden einen Ermessensspielraum, wie mit den im Sperrgebiet liegenden Tierbeständen zu verfahren sei, argumentieren die FREIEN BAUERN. Diesen sollte die brandenburgische Landesregierung konsequent zugunsten der leider viel zu wenigen tierhaltenden Betriebe nutzen, wünscht sich Paulsen: „Notimpfungen sind derzeit nur eine Scheinlösung, da die damit immunisierten Tiere nach aktueller Rechtslage anschließend auch getötet werden müssten, um den handelspolitischen Status zurückzuerlangen. Oftmals wird mit diesen Tötungen die Zuchtarbeit der Bauern aus Jahrzehnten ausgelöscht.“ Der Schlüssel zu einer volkswirtschaftlich und ethisch vertretbaren Seuchenbekämpfung liege deshalb in der Isolierung und Beobachtung der betroffenen Tierbestände, meint Paulsen. Diese sei zwar arbeitsintensiv, aber angesichts der Bedrohung durch die Maul- und Klauenseuche angemessen, auch da es sich um einen vorübergehenden Aufwand handelt, der zudem im Vergleich zur Tötung das mildere Mittel darstellt.

## **FREIEN BAUERN Brandenburg unterstützen Ministerin beim Widerstand gegen Natur-Wiederherstellungsverordnung**

(02.03.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg stellen sich hinter die Entscheidung der neuen Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt, die Natur-Wiederherstellungsverordnung der Europäischen Union in ihrem Bundesland vorerst nicht umzusetzen. „Diese Verordnung ist ein theoretisches Konstrukt ohne jeden fachlichen Hintergrund“, sagte FREIE-BAUERN-Geschäftsführer Reinhard Jung: „Mit dem Hinweis auf fehlende rechtliche Vorgaben hat die Ministerin den Finger in die Wunde gelegt und deutlich gemacht, dass ideologiegetriebene Willkür keine Grundlage für verantwortungsvolles Staatshandeln sein kann.“ Bereits die Vorstellung, Natur müsse wiederhergestellt werden, offenbare ein Unverständnis der Brüsseler Bürokraten für ökologische Zusammenhänge, kritisiert der 59jährige Bio-Rindermäster aus Lennewitz in der Prignitz: „Natur ist die gesamte belebte Umwelt und damit auch die von uns Landwirten immer wieder neu gestaltete Kulturlandschaft, hier gibt es keinen definierbaren Ursprungs- oder Endzustand.“ Formuliert werden



Weiden köpfen im Winter: Naturzerstörung? Naturwiederherstellung? Oder einfach nur Natur, für die es keiner Verordnung bedarf?

könnten daher stets nur Ziele, wie wir diese schöne und wertvolle Landschaft gemeinsam weiterentwickeln wollen, so Jung: „Dabei darf allerdings die regionale Versorgung mit Lebensmitteln nicht gefährdet werden.“

Aus Sicht der FREIEN BAUERN Brandenburg besteht durchaus noch ökologisches Verbesserungspotenzial, insbesondere im Hinblick auf

den Biotopverbund. „Wir haben bereits für die Agrarumweltmaßnahmen 2021 ein großes freiwilliges Programm zur Anlage von Hecken, Baumreihen und offenen Gewässerläufen vorgeschlagen, leider ohne Resonanz“, erinnert Jung. Statt dessen hätte die damalige Landesregierung die Verunkrautung und Vernässung landwirtschaftlicher Flächen gefördert. Aus dem guten Gedanken, Rückzugsgebiete für seltene Pflanzen und Tiere zu schaffen, sei ein totaler Vormachtsanspruch grüner Ideologen über den ländlichen Raum geworden. Jung: „Naturschutz funktioniert nur zusammen mit den Landwirten, die ihr Eigentum seit Generationen nachhaltig bewirtschaften.“ Zusätzliche Gehölzstreifen würden den Erosionsschutz auf dem Acker verbessern, eine moderate Anhebung der Wasserstände in den Mooren würde die Grünlanderträge steigern, argumentiert der Landwirt und sieht jenseits starrer Verordnungen viele Ansatzpunkte für konstruktive Zusammenarbeit mit dem Naturschutz.

## **FREIE BAUERN Baden-Württemberg bedauern Ablehnung des Höfeordnungs-Antrags im Landtag**

(24.01.2025) Die FREIEN BAUERN Baden-Württemberg haben ihr Bedauern darüber geäußert, dass der von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachte Antrag zur Einführung der Höfeordnung von den Regierungsfractionen komplett abgelehnt wurde, statt das wichtige Thema des Generationswechsels auf den Landwirtschaftsbetrieben zumindest vertieft zu diskutieren. „Wir danken insbesondere dem Abgeordneten Georg Heitlinger dafür, dass er mit diesem Antrag deutlich gemacht hat, dass unsere jungen Hofnachfolger gerade in der aktuellen schwierigen Lage der Landwirtschaft ein modernes Erbrecht brauchen, das ihnen den Weg freimacht und keine jahrelangen Belastungen aufbürdet“, sagte Thomas Frenk, Landessprecher der FREIEN BAUERN, der die Initiative bei einem Meinungsaustausch mit der FDP-Fraktion vor einem Jahr angeregt hatte.

Die Liberalen hätten sich mit den Vorteilen der Höfeordnung intensiv befasst und einen guten Antrag formuliert, würdigt der 47jährige Milchviehhalter aus dem badischen Nonnenweier: „Trotz der Ablehnung ist die Diskussion damit erstmals in einem südwestdeutschen Bundesland eröffnet und kann von einer agrarfreundlicheren Landesregierung wieder aufgegriffen werden.“ Nachwuchsförderung dürfe kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben, sondern müsse sich in konkreten Maßnahmen wiederfinden.



Die Höfeordnung ist ein seit 1947 in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geltendes landwirtschaftliches Sondererbrecht, das zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe die geschlossene Vererbung des gesamten Hofes vorsieht, dem Hoferben dabei eine Reihe von Pflichten auferlegt, unter anderem die Versorgung der Altenteiler, ihn aber im Gegenzug von übermäßigen finanziellen Abfindungsansprüchen der weichenden Erben freistellt. Auf diese Weise wirke die Höfeordnung einem ungesunden Strukturwandel entgegen, argumentiert Frenk: „Wir wollen doch, dass leistungsfähige Betriebe von jungen Landwirten weiter bewirtschaftet und nicht meistbietend verkauft werden.“ In Brandenburg wurde die Höfeordnung auf Betreiben der FREIEN BAUERN vor fünf Jahren einstimmig durch den Landtag eingeführt, in Baden-Württemberg hofft Frenk jetzt auf eine Fortsetzung der Debatte.

## **Auch Freiflächen-PV bedeutet eine Form der Versiegelung!**

*Stellungnahme unseres Mitglieds Christine Knobloch-Hiller zu der Ausweisung von Vorranggebieten für Freiflächensolaranlagen im Regionalplan der Landeshauptstadt Stuttgart:*

Es werden fast ausschließlich landwirtschaftliche Nutzflächen ausgewiesen. Naturschutz wird berücksichtigt, Bauern nicht! Unsere ertragreichen Filderböden werden behandelt wie der letzte Dreck! Sind wir Bauern und unsere Böden überhaupt noch erwünscht? Hat man die Landwirtschaft, die seit Jahrhunderten den Boden für die Ernährungssicherung erhält und schützt, achtet, hegt und pflegt, völlig außer Acht gelassen? Ich vermisse Bodenständigkeit und Wertschätzung für die heimische Nahrungsmittelproduktion und den Erhalt unserer Kulturlandschaft! Ich vermisse eine kritische Auseinandersetzung mit der lebendigen Ackerkrume! Als Landwirte stehen wir in einer besonderen Verantwortung für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung und Erhaltung unserer eigenen und der uns anvertrauten Äcker und Felder, nicht nur für unsere bäuerliche Existenz, sondern auch für die Gesellschaft zur Sicherung der Selbstversorgung. Daher ist es unsere Pflicht, für den Erhalt unserer Böden auf Gunststandorten zu kämpfen. Ackerland ist nicht nur eine in der Größe messbare freie Fläche, sondern wertvoller Lebensraum und einer der wichtigsten Produktionsfaktoren in der Land- und Volkswirtschaft. Ihm kommt eine wesentliche Eigenschaft zu, die man als verantwortungsbewusster Bürger nie außer Acht lassen sollte: Er ist nicht vermehrbar! Und das Wichtigste: Er lebt!

In dem Plan ist von „überragendem öffentlichen Interesse“ die Rede, doch der Schutz des Bodens ist auch von großem Interesse nicht nur für uns Landwirte, sondern für die ganze Gesellschaft. Fruchtbarer Ackerboden ernährt Tiere, Pflanzen und unzählige Mikroorganismen und dient der regionalen, nachhaltigen Nahrungsmittelversorgung, er ist Frischluft-Lieferant und wertvoller Wasser-, Nährstoff- und CO<sub>2</sub>-Speicher und er ist Basis für unsere Kultur- und Naherholungslandschaft. Die Landwirtschaft ist der einzige Sektor, der nahezu klimaneutral in geschlossenen Kreisläufen wirtschaftet und seine Klimaziele erreicht!

Bei der Ausweisung sollen Wald, Biotopverbundflächen und hoch bewertete Landschaftsbildqualitätslagen für die Errichtung von Freiflächen-PV ausgeschlossen werden. Hier vermisse ich den Schutz ertragreicher Ackerböden!

Weiterhin ist in dem Plan vom möglichen Rückbau der Anlagen die Rede, aber der Boden ist bis dahin fertig und seine Fruchtbarkeit Geschichte. Zu lange würde er ungepflegt bleiben. Rückbau funktioniert folglich nur kosmetisch auf dem Papier. Auch Freiflächen-PV bedeutet eine Form der Versiegelung: Paneele und Fundamente müssen erstellt werden, der Boden wandelt sich in unfruchtbares Ödland und ein anderes Kleinklima verändert Flora und Fauna. Freiflächen-PV fördert Austrocknung und unerwünschten Wildwuchs, zerstört die Bodenfruchtbarkeit und die Vielfalt des Bodenlebens. Wenn Sonnenlicht und Natur über Jahrzehnte fast vollständig ausgeschlossen werden, verringert sich selbstverständlich die Bodenqualität.

Und unser durch Bauernhand erhaltener Boden hier am Rand der Filder ist einer der lebendigsten und fruchtbarsten in ganz Deutschland, der gerade in Zeiten des Klimawandels unbedingt und bedingungslos unseren Schutz braucht. Wir haben mittelschweren, tiefgründigen, steinfreien Lösslehmboden vom Bodentyp Parabraunerde mit hohen Bodenwertzahlen. Der hier vorkommende Lösslehm ermöglicht uns bei sorgsamer Pflege selbst bei extremer Witterung, wie sie die letzten Jahre immer häufiger vorkommt, noch relativ gute, jedenfalls zuverlässige Erträge zu erzielen. Gute Böden zeichnen sich durch gute Durchlüftung und hohe Speicherkapazität von Wasser und Nährstoffen aus, aber nur in bearbeitetem Zustand. Solche Ackerflächen als Bauland – dazu zählt auch Freiflächen-PV – umzuwidmen wäre daher nicht zeitgemäß, in höchstem Maße verantwortungslos, kurzsichtig und absoluter Frevel und Raubbau an der Natur.

Selbst ein immer wieder propagierter Rückbau würde die Fruchtbarkeit des Bodens über Jahrzehnte nicht zurückbringen. Die Fruchtbarkeit muss durch Bodenbearbeitung, Fruchtfolge, Humusaufbau, Nährstoffeintrag stetig erhalten und eingepflegt werden. Dies ist die Aufgabe des Landwirts, der den Boden als seinen wichtigsten und nicht substituierbaren Produktionsfaktor lebendig hält. Freiflächen-PV sollte folglich auf Konversationsflächen, Brachen und Dächern errichtet werden. Landwirtschaft muss auf guten Böden immer Vorrang haben. Freiflächen-PV auf besten Ackerböden ist für mich Russisches Roulette mit Bauern und Gesellschaft. Wir Bauern spüren den Verlust als erste, aber die Gesellschaft wird ihn zeitverzögert gewaltig zu spüren bekommen. Bauernland gehört in Bauerhand!

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.  
Per Post an: FREIE BAUERN, Von-Wuthenau-Platz 3, 06188 Landsberg OT Hohenthurm

## Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: .....

Unterschrift: .....